



211 Bericht von Anna Bindler und Andreea-Maria Stoica

Cannabiskonsum nach Teillegalisierung stabil, Kokain nimmt seit Jahren zu

- Cannabisdelikte gehen deutlich zurück, Konsum und Preise nach Teillegalisierung kurzfristig stabil
- Konsum von Kokain einschließlich Crack und Methamphetamin nimmt seit Jahren deutlich zu
- Politik sollte Prävention und Aufklärung priorisieren

220 Interview mit Anna Bindler



221 Bericht von Karsten Neuhoff und Leon Stolle

Lokale Marktpreise können Stromkosten reduzieren

- Deutschlands einheitlicher Großhandelspreis berücksichtigt keine regionalen Unterschiede bei Angebot und Nachfrage
- Bei Netzengpässen werden Stromerzeuger bezahlt, um ihre Produktion anzupassen
- Mit lokalen Marktpreisen können diese Kosten eingespart und zugleich Erlöse erzielt werden

232 Kommentar von Marcel Fratzscher

Wie die Bundesregierung wirtschaftspolitisch auf den Iran-Krieg reagieren sollte

Der Staatshaushaltsplan der sowjetischen Besatzungszone für das Jahr 1956

Einnahmen im Staatshaushaltsplan 1956
in Mill. DM

	1955		1956
	Plan	Ist	Plan
Volkseigene Wirtschaft			
Überschüsse sowie Körperschafts-, Umsatz- u. Gewerbesteuer	9 017	13 566	15 622
Verbrauchssteuern	4 638		
Steuern u. sonstige Einnahmen	16 015	16 231	13 557
darin			
Steuern der priv. Wirtschaft	2 521	2 446	2 736
„ Genossenschaften	399	•	•
Lohnsteuern	1 320	1 219	1 279
Gemeindesteuern	834	•	•
Sonstige Einnahmen	2 240	•	•
Zusammen	29 670	29 797	29 179
Sozialversicherung	5 956	5 900	5 706
Gesamteinnahmen	35 626	35 697	34 885
Doppelzählungen:			
Verrechnungen			
Republik/Bezirke	1 485	•	1 601
Verrechnung Staatshaushalt/ Sozialversicherung	1 056	1 158	650
Endsumme lt. Haushaltsgesetz	38 167	•	37 136

© CC BY 4.0

Der Staatshaushalt der SBZ ergreift in stärkerem Maße als die Haushalte westlicher Länder alle Lebensbereiche des Volkes und seiner Wirtschaft. In ihn gehen nicht nur alle Erträge und Verluste der staatlichen Industrie ein, die etwa 85 vH der Gesamtindustrie umfaßt, und die der hundertprozentig verstaatlichten Bank-, Versicherungs- und Großhandelsunternehmen, er erfaßt auch den Gesamtbereich der Sozialwirtschaft mit dem Haushalt der Sozialversicherung und enthält darüber hinaus alle die Beträge, die sich als Verbrauchssteuereinnahmen und Preissubventionen im Rahmen einer staatlichen Preisregelung niederschlagen. Die Art der staatlichen Finanzierung hat es außerdem mit sich gebracht, daß aus dem Staatshaushalt heraus der wesentlichste Teil aller Investitionen, nämlich die des staatlichen Sektors, im Staatshaushaltsplan selbst enthalten sind und daß darüber hinaus in seinem Rahmen auch die „Kapitalmarkt“-Investitionen der privaten Bereiche wenigstens anhangsweise miteingesetzt sind.

Aus dem Wochenbericht Nr. 12/13 vom 28. März 1956

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

93. Jahrgang 25. März 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann; Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Daniel Graeber; Dr. Dana Kirchem

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer; Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht

abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter

www.diw.de/wb-anmeldung

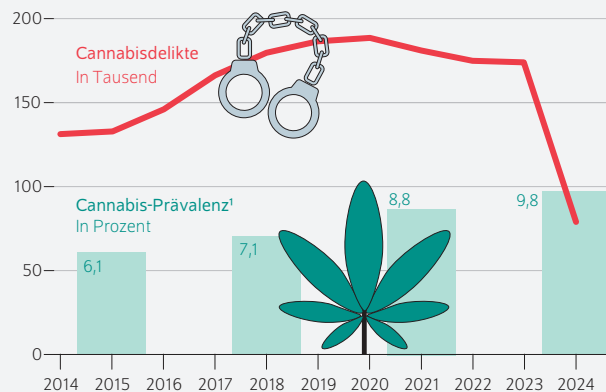
ISSN 1860-8787

Cannabiskonsum nach Teillegalisierung stabil, Kokain nimmt seit Jahren zu

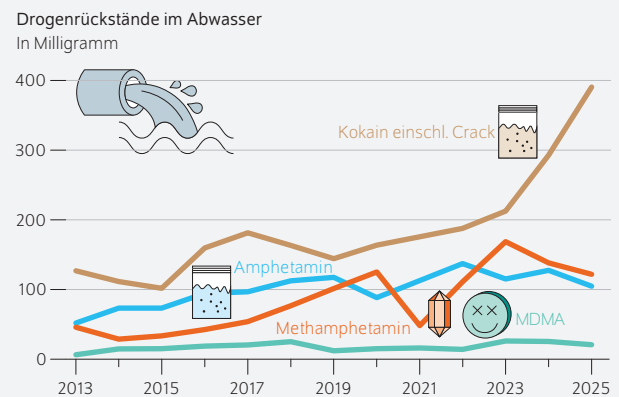
Von Anna Bindler und Andreea-Maria Stoica

- Cannabisbezogene Delikte gehen nach Teillegalisierung im April 2024 auf rund ein Drittel zurück
- Cannabiskonsum bleibt kurzfristig stabil – Befragungs- und Abwasserdaten zeigen keine strukturellen Veränderungen nach Teillegalisierung
- Preise für Cannabis sind weitgehend konstant – Anstiege von Beschaffungs- und Gewaltkriminalität fallen zeitlich nicht mit Reform zusammen
- Konsum von Kokain einschließlich Crack und Methamphetamin nimmt seit Jahren deutlich zu
- Politik sollte Prävention und Aufklärung priorisieren, um auf Entwicklungen bei Cannabis und anderen Drogen reagieren zu können

Cannabisdelikte gehen nach Teillegalisierung 2024 zurück, während sich der Konsum stabil entwickelt, Abwasseranalysen zeigen steigende Rückstände anderer Drogen



¹ Anteil der Befragten, der angab, im jeweiligen Jahr Cannabis konsumiert zu haben.
Quelle: Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik, European Union Drugs Agency (2026): Wastewater analysis and drugs – a European multi-city study; IFT Institut für Therapieforchung, Epidemiologischer Suchtsurvey; eigene Berechnungen.



© CC BY 4.0, creativecommons.org/licenses/by/4.0

ZITAT

„Wenn es der politische Wunsch ist, den Cannabiskonsum zu reduzieren, ist ein erneutes Verbot nicht unbedingt der wirksamste Hebel. Vielmehr sollten wir uns Gedanken um Aufklärung und Prävention machen. Gleichzeitig dürfen wir die Entwicklungen auf anderen Drogenmärkten nicht aus den Augen verlieren: Gerade der Konsum von Kokain, Crack und Methamphetamin ist in den letzten Jahren stark gestiegen.“ — Anna Bindler —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Anna Bindler
www.diw.de/mediathek

Cannabiskonsum nach Teillegalisierung stabil, Kokain nimmt seit Jahren zu

Von Anna Bindler und Andreea-Maria Stoica

ABSTRACT

Zwei Jahre nach Inkrafttreten der Cannabis-Teillegalisierung untersucht dieser Wochenbericht aktuelle Entwicklungen auf Cannabis- und anderen Drogenmärkten in Deutschland. Grundlage sind Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik, bevölkerungsrepräsentative Befragungen, Abwassermessungen sowie Preisinformationen. Die Zahl registrierter Cannabis- und Rauschgiftdelikte ist 2024 deutlich zurückgegangen, was primär einen statistischen Effekt widerspiegelt. Beim Cannabiskonsum zeigen Befragungs- und Abwasserdaten kurzfristig keine systematischen Veränderungen. Cannabispreise bleiben ebenfalls weitgehend stabil. Verschiedene Indikatoren zeigen eine zunehmende Dynamik bei anderen illegalen Substanzen, insbesondere Kokain und Methamphetamin, die regional unterschiedlich ausgeprägt ist. Veränderungen in Gewalt- oder Beschaffungskriminalität lassen sich bislang nicht zeitlich mit der Reform in Verbindung bringen. Insgesamt deuten die verfügbaren Daten darauf hin, dass die Teillegalisierung kurzfristig vor allem strafrechtliche Effekte hatte, während Entwicklungen auf anderen Drogenmärkten eigenständigen Trends folgen. Prävention und Beobachtung dieser Märkte bleiben daher zentrale politische Herausforderungen.

Am 1. April 2024 trat das Gesetz zur Teillegalisierung von Cannabis in Kraft (Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften, Cannabisgesetz – CanG). Es erlaubt Erwachsenen den Besitz begrenzter Mengen Cannabis sowie den privaten und gemeinschaftlichen Eigenanbau in staatlich kontrollierten Anbauvereinigungen, sogenannten Cannabisclubs. Ein kommerzieller Verkauf ist weiterhin verboten. Das Gesetz beschränkt zum Schutz von Kindern und Jugendlichen Konsumorte, verbietet Werbung und sieht diverse Präventions-, Kontroll- und Evaluationsmaßnahmen vor. Neue Ordnungswidrigkeiten und Straftatbestände – etwa bei Überschreiten der erlaubten Mengen oder unerlaubtem Anbau – wurden eingeführt und seit 2024 in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) gesondert erfasst.¹

Dem Gesetz ging ein intensiver gesellschaftlicher und politischer Diskurs voraus. Auch die Wissenschaft hat sich in verschiedenen Disziplinen mit dem Thema beschäftigt. Aus ökonomischer Sicht gibt es theoretische Argumente sowohl für eine Regulierung beziehungsweise ein Verbot als auch für eine Entkriminalisierung beziehungsweise Legalisierung von Cannabis.² Dabei werden negative gesellschaftliche Auswirkungen, Gesundheitsrisiken und Folgen für den Schwarzmarkt abgewogen, denen Vorteile einer kontrollierten Freigabe und Kosten der Strafverfolgung gegenüberstehen.³ Im politischen Diskurs lassen sich aufbauend darauf Handlungsoptionen ausloten.

Empirisch besteht noch kein Konsens darüber, ob Verbote den Drogenkonsum tatsächlich stark reduzieren und ob

¹ Der EU-Rechtsrahmen verpflichtet die Mitgliedstaaten, Herstellung und Handel mit illegalen Drogen strafrechtlich zu sanktionieren. Zugleich bestehen Spielräume etwa beim Umgang mit Eigenkonsum oder medizinischer Nutzung, sodass nationale Regelungen innerhalb der EU variieren, vgl. Rahmenbeschluss 2004/757/JI des Rates vom 25. Oktober 2004, ABL L 335 vom 11. November 2004, 8–11.

² Entkriminalisierung bedeutet, dass der Besitz geringer Mengen Cannabis nicht mehr strafrechtlich verfolgt wird, während Handel und Anbau weiterhin verboten bleiben. Eine Legalisierung geht darüber hinaus, indem auch Produktion und Abgabe unter staatlicher Regulierung erlaubt und in einen kontrollierten Markt überführt werden.

³ Justus Haucap und Leon Knoke (2022): Warum und wie die Legalisierung des Cannabismarktes in Deutschland erfolgen sollte. Wirtschaftsdienst: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 102(1), 32–39 (online verfügbar, abgerufen am 26. Februar 2026. Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt).

gesellschaftliche Kosten (Auswirkungen auf öffentliche Gesundheit, Sicherheit, Kriminalität oder wirtschaftliche Produktivität) durch Konsum oder Verbote (und damit einhergehende Schwarzmärkte) entstehen.⁴ Studien aus Ländern mit bereits eingeführten Reformen liefern erste Erkenntnisse.⁵ In den USA hat die Einführung regulierter legaler Cannabismärkte den Konsum unter Erwachsenen steigen und Festnahmen wegen Cannabisbesitzes sinken lassen. Der Konsum härterer Drogen, Gewalt- und Eigentums kriminalität nahm nicht zu.⁶ Nach der Entkriminalisierung von Cannabisbesitz im Londoner Bezirk Lambeth wurden dort mehr cannabisbezogene Delikte registriert. Mit veränderter Verteilung der Ressourcen der Polizei stiegen die Aufklärungsquoten, die Kriminalität sank.⁷

Vor Inkrafttreten des Cannabisgesetzes in Deutschland in der vergangenen Legislaturperiode spiegelte der öffentliche Diskurs genau diese Facetten wider. Zwei Jahre später ist diese Debatte wieder aktuell. Auch international wird die Legalisierung von Cannabis kontrovers diskutiert.⁸ In Deutschland reichen Äußerungen zum Gesetz, der ausstehenden Evaluation (April 2028) und zur Zwischenevaluation (2025) innerhalb der Regierungsparteien von „ein richtiges Scheißgesetz“ über „Die Frage ist: Wollen wir die gesellschaftlichen Veränderungen schon haben oder wollen wir vorher schon gegensteuern, bevor gesellschaftliche Veränderungen passieren?“ zu „dass die Legalisierung von Cannabis der richtige und längst überfällige Schritt war“.⁹ Auch gesellschaftlich gehen die Meinungen auseinander: In einer Umfrage im Frühjahr 2025 waren 38 Prozent der Befragten dafür, das Gesetz rückgängig zu machen und ebenfalls 38 Prozent dafür, es genauso zu belassen.¹⁰ Vor diesem Hintergrund beleuchtet dieser Wochenbericht den aktuellen Stand der Entwicklungen auf dem Cannabismarkt und auf anderen Drogenmärkten und leitet Implikationen daraus ab.

Entwicklungen auf dem Cannabismarkt

Seit den 1990er Jahren bis 2023 hat sich die Zahl der in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS, Kasten) erfassten

⁴ Edward M. Shepard und Paul R. Blackely (2010): Economics of crime and drugs: Prohibition and public policies for illicit drug control. In: Bruce L. Benson und Paul R. Zimmerman (Hrsg.): Handbook on the economics of crime. Edward Elgar Publishing (online verfügbar).

⁵ Für eine Übersicht über Ergebnisse aus den USA siehe zum Beispiel: D. Mark Anderson und Daniel I. Rees (2023): The public health effects of legalizing marijuana. Journal of Economic Literature, 61(1), 86–143 (online verfügbar).

⁶ Joseph J. Sabia et al. (2024): The effects of recreational marijuana laws on drug use and crime. Journal of Public Economics 234, 105075 (online verfügbar).

⁷ Jérôme Adda, Brendon McConnell und Imran Rasul (2014): Crime and the depenalization of cannabis possession: Evidence from a policing experiment. Journal of Political Economy 122(5), 1130–1202 (online verfügbar).

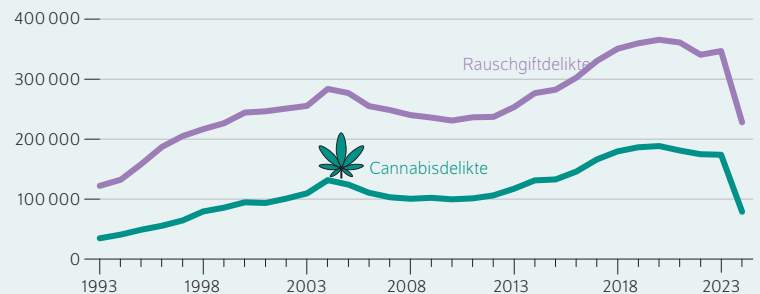
⁸ Vgl. The New York Times (2026): It's Time for America to Admit That It Has a Marijuana Problem. Ausgabe vom 9. Februar (online verfügbar).

⁹ Süddeutsche Zeitung (2025): Bundeslagebild 2024. BKA: Organisierte Kriminalität rekrutiert gezielt Kinder für Gewalttaten. Ausgabe vom 24. Oktober (online verfügbar); Deutschlandfunk (2025): Interview der Woche. Ausgabe vom 30. November (online verfügbar); Carmen Wegge (2025): Cannabis-Legalisierung wirkt: Weniger Strafverfahren, mehr Jugendschutz (online verfügbar).

¹⁰ Die Zeit (2025): Umfrage: Keine Mehrheit für Rückkehr zu Cannabis-Verbot. Ausgabe vom 30. März (online verfügbar).

Abbildung 1

Cannabis- und Rauschgiftkriminalität in Deutschland Anzahl erfasster Fälle



Anmerkung: Das Cannabisgesetz (CanG) zur Teillegalisierung von Cannabis ist am 1. April 2024 in Kraft getreten; erfasste Fälle für das Jahr 2024 beziehen sich auf die Monate vor sowie nach der Teillegalisierung.

Quellen: Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

Mit dem Inkrafttreten des Cannabisgesetzes ist die Anzahl der erfassten Cannabisdelikte deutlich gefallen.

Rauschgiftdelikte mehr als verdreifacht (Abbildung 1). Insbesondere bis Anfang der 2000er Jahre und nach 2010 stiegen Rauschgiftdelikte deutlich, gingen aber während der Corona-Pandemie leicht zurück. Nach der Cannabis-Teillegalisierung im Jahr 2024 sanken die Deliktzahlen stark, was sich auf die Entwicklung insgesamt auswirkte: Wurden 2023 noch 346 877 Rauschgiftdelikte erfasst, waren es 2024 nur noch 228 104.

Cannabisbezogene Delikte sinken mit der Teillegalisierung

Verglichen mit 2023 gingen die erfassten *cannabisbezogenen* Delikte mit der Teillegalisierung im Jahr 2024 auf etwa ein Drittel zurück (Abbildung 1):¹¹ Die Verschiebung von der Illegalität in die Legalität hat die Zahl der Delikte per Definition reduziert. Rauschgiftkriminalität ist zum Großteil *Kontrollkriminalität*. Das heißt, dass Straftaten vorwiegend durch Kontrollen der Polizei (oder andere Sicherheitsbehörden) festgestellt werden und die Dunkelziffer (also die Zahl nicht bekannter Fälle) potenziell hoch ist. Veränderungen in der PKS können dadurch Marktreaktionen (Angebot und Nachfrage) oder institutionelle Effekte (Polizeiarbeit und Kontrollen) widerspiegeln. Veränderungen in den erfassten Fällen an Rauschgiftdelikten der PKS können daher nur bedingt als Veränderungen auf dem Drogenmarkt interpretiert werden.

Kurzfristig keine größeren Veränderungen des Konsums

Befragungsdaten geben weiteren Aufschluss über die Entwicklung des Konsums. Der Epidemiologische Suchtsurvey

¹¹ 2023 wurden 173 945 Fälle erfasst, 2024 waren es 61 670. Bezieht man die seit 2024 zusätzlich erfassten Verstöße (gegen das KCanG und MedCanG) mit ein, wurden im Jahr 2024 insgesamt 78 987 cannabisbezogene Delikte erfasst.

Kasten

Datengrundlage

Die Analysen zur Kriminalitätsentwicklung basieren auf der **Polizeilichen Kriminalstatistik** (PKS) des Bundeskriminalamts (BKA).¹ In dieser Studie werden folgende Straftatengruppen und deren jeweiligen Aufklärungsquoten (AQ) betrachtet: Rauschgiftdelikte (soweit nicht bereits mit anderer Schlüsselzahl erfasst), direkte Beschaffungskriminalität (Oberschlüssel: Rauschgiftdelikte), Gewaltkriminalität, Straßenkriminalität. Die AQ gibt in Prozent das Verhältnis der aufgeklärten zu den bekannt gewordenen Fälle im Berichtszeitraum an. Betrachtet werden folgende spezifische (konsumnahe) Rauschgiftdelikte: „Allgemeiner Verstoß mit Cannabis und Zubereitungen“, „Allgemeiner Verstoß mit Kokain einschl. Crack“, „Allgemeiner Verstoß mit Amphetamin und seinen Derivaten in Pulver- oder flüssiger sowie in Tabletten- bzw. Kapselform (Ecstasy)“, „Allgemeiner Verstoß mit Methamphetamin in Pulver-, kristalliner oder flüssiger sowie in Tabletten- bzw. Kapselform“, „Allgemeiner Verstoß mit Heroin“, „Allgemeiner Verstoß mit LSD“. Als Maß werden die absoluten Fallzahlen (erfasste Fälle) verwendet.

Die Preisangaben basieren auf Daten des BKA, die im Rahmen des **REITOX-Berichts 2025** an die Europäische Drogenagentur (EUDA) übermittelt wurden (Datenjahr 2024/2025).² Die Preise beziehen sich auf durchschnittliche Straßenhandelspreise in Euro pro Gramm oder Einheit. Die vorliegenden Analysen verwenden ausschließlich Straßenhandelspreise. Seit 2011 erfolgt zudem auf Grundlage eines Harmonisierungsverfahrens eine einheitliche Differenzierung von Großhandelsmengen in standardisierte Gewichtskategorien.

Die Analysen zum Konsum von Cannabis und weiteren psychoaktiven Substanzen basieren auf den Daten des **Epidemiologischen Suchtsurvey** (ESA).³ Der ESA ist eine seit 1980 regelmäßig durchgeführte, bevölkerungsrepräsentative Befragung in Deutschland zum Gebrauch psychoaktiver Substanzen. Die Erhebung erfolgt im Dreijahresrhythmus. Für diesen Bericht wurden die Erhebungswellen 2012 (n=9 084), 2015 (n=9 204), 2018 (n=9 267), 2021

(n=9 046) und 2024 (n=7 534) herangezogen. Die Auswertungen beschränken sich auf Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren, um Vergleichbarkeit über die Zeit sicherzustellen. Die Erhebung 2024 wurde zwischen August und Dezember 2024 (nach Inkrafttreten des CanG) durchgeführt. Die Daten für diesen Bericht wurden direkt aus den Veröffentlichungen zum ESA (mit entsprechender Gewichtung) übernommen.

Die weiteren Analysen zum Konsum illegaler Substanzen basieren auf **Abwasserdaten** der Europäischen Drogenagentur (EUDA) und der Sewage Analysis CORE Group Europe (SCORE).⁴ Seit 2011 werden europaweit Abwasserproben nach standardisiertem Protokoll erhoben, um regionale Unterschiede im Drogenkonsum zu vergleichen. Im Jahr 2025 umfasste die Erhebung 115 Städte in 25 EU-Mitgliedstaaten plus Norwegen und Türkei. In den teilnehmenden Städten wurden zwischen März und Mai über eine Woche hinweg täglich 24-Stunden-Mischproben an Kläranlagen entnommen. Analysiert wurden Urin-Biomarker bestimmter Substanzen: Amphetamin, Methamphetamin, MDMA und Ketamin, Hauptmetaboliten von Kokain (Benzoyllecgonin) und Cannabis (THC-COOH). Die ausgewiesenen Werte geben die gemessenen Rückstandsmengen im Rohabwasser an und werden auf die angeschlossene Bevölkerung normiert (Milligramm pro 1000 Einwohner pro Tag). Diese stellen keine direkt geschätzten Konsummengen dar. Für Städte mit mehreren Kläranlagen werden gewichtete Mittelwerte ausgewiesen. Werte unterhalb der analytischen Nachweisgrenze werden als Null ausgewiesen. Folgende Städte sind mit folgenden Jahren in den Messungen enthalten: Berlin (2014, 2015, 2017, 2018, 2022, 2025), Chemnitz (2017–2025), Dortmund (2013–2024), Dresden (2013–2025), Dülmen (2013–2022), Erfurt (2017–2025), Frankfurt (2017, 2025), Hamburg (2017, 2020, 2024, 2025), Hannover (2017, 2025), Magdeburg (2017, 2020–2025), Mainz (2017, 2025), München (2014–2025), Nürnberg (2017, 2020–2025), Rostock (2017, 2025), Saarbrücken (2017–2024), Stuttgart (2017, 2025).

¹ Vgl. Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik (online verfügbar).

² Franziska Schneider, Krystallia Karachaliou und Esther Neumeier (2026): Bericht 2025 des nationalen REITOX-Knotenpunkts an die EUDA (Datenjahr 2024/2025). Deutschland, Workbook Drogenmärkte und Kriminalität. Deutsche Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht DBDD, IFT Institut für Therapieforchung, München (online verfügbar).

³ Vgl. IFT Institut für Therapieforchung, Epidemiologischer Suchtsurvey (online verfügbar).

⁴ Vgl. European Union Drugs Agency (2026): a.a.O.

(ESA, Kasten) zeigt, wie prävalent der Konsum verschiedener Substanzen ist. Die Zwölf-Monatsprävalenz beim Cannabiskonsum steigt seit 2012 moderat an, aber ohne erkennbare strukturelle Veränderung im Reformjahr 2024 (Tabelle). Von 2018 bis 2021 stieg die Prävalenz „starken“ und „unregelmäßigen“ Konsums, von 2021 bis 2024 „regelmäßigen“ Konsums.¹² Von denjenigen, die 2024 angaben, in den letzten

zwölf Monaten Drogen konsumiert zu haben, nahmen rund 64 Prozent Cannabis und rund sieben Prozent Kokain/Crack oder MDMA (Ecstasy).

Befragungen haben in diesem Zusammenhang den Nachteil, dass befragte Personen ihren Konsum legaler und illegaler Substanzen möglicherweise nicht wahrheitsgetreu oder präzise angeben. Dies könnte nach der Teillegalisierung bedeutsam sein: Tatsächliche Veränderungen im Cannabiskonsum könnten durch eine höhere Bereitschaft zu ehrlichen

¹² Starker Konsum: „fast täglich“; regelmäßiger Konsum: „mindestens einmal im Monat/Woche“; unregelmäßiger Konsum: „weniger als einmal im Monat“.

Angaben verzerrt werden. Mit Abwasserdaten gibt es aber eine weitere Datenquelle, die weder die Problematik der Kontrollkriminalität noch der Befragungen hat. Dabei werden in ausgewählten Städten Drogenrückstände (im Fall von Cannabis THC-COOH) im Abwasser gemessen.¹³ Das gibt Aufschluss über den gesamten Cannabiskonsum, allerdings nicht darüber, wer wieviel konsumiert. Erste Abwasseruntersuchungen wurden in den Monaten vor und nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes durchgeführt. Kurzfristig konnte dabei in der Analyse der Daten kein systematischer Einfluss der Reform auf den Cannabis-Konsum festgestellt werden.¹⁴

Cannabispreis in vergangenen Jahren stabil

Neben Delikten und Konsum sind die Preise für Cannabisprodukte von Interesse. Der vom BKA ermittelte Straßenhandelspreis für Cannabis ist langfristig gestiegen, in den letzten Jahren (bis 2024) aber relativ stabil bei zehn Euro pro Gramm geblieben (Abbildung 2). Auch der Preis für medizinisches Cannabis liegt im Schnitt bei rund zehn Euro pro Gramm.¹⁵ In der Befragung zur Zwischen-Evaluation nach der Teillegalisierung (Teil der offiziellen wissenschaftlichen Evaluierung des Gesetzes) wurden Preise nach Bezugsquellen erfragt. Dabei ergeben sich (relativ geringe) Unterschiede mit niedrigeren Durchschnittspreisen bei Eigenanbau und etwas höheren, aber vergleichbaren Preisen bei illegalen Quellen, Apotheken und Anbauvereinigungen (umgerechnet aus Beiträgen und Gebühren).¹⁶

Andere Delikte und Kriminalitätsentwicklung

Veränderungen auf Drogenmärkten können sich über verschiedene Mechanismen auf Kriminalität insgesamt auswirken. Illegale und legale Märkte unterscheiden sich grundlegend in ihrer Funktionsweise: Im illegalen Bereich gibt es keine Verträge oder rechtlich durchsetzbare Ansprüche sowie keine Wettbewerbsregulierung. Gewaltkriminalität kann eine Folge sein – entweder zur Durchsetzung von Ansprüchen oder im Umgang mit Wettbewerbern (zum Beispiel Konkurrenz um „Territorien“ und Preissetzung).¹⁷ Hinzu kommt die Eigentums- und Beschaffungskriminalität zur Finanzierung von Drogenkonsum. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen, etwa durch Reformen, können sowohl kriminalitätsreduzierende (weniger gewalt-same Interaktionen) als auch kriminalitätserhöhende Effekte

¹³ Der Hauptwirkstoff von Cannabis (THC) ist im Urin von Konsument*innen kaum und damit im Abwasser schwer nachweisbar. Stattdessen wird ein Abbauprodukt, THC-COOH, gemessen. Jakob Manthey et al. (2025): Evaluation des Konsumcannabisgesetzes (EKOCAN): 1. Zwischenbericht (online verfügbar).

¹⁴ Manthey et al. (2025): a. a. O.

¹⁵ Pharmazeutische Zeitung (2024): Cansativa lockt Apotheken mit Boni. Ausgabe vom 16. April (online verfügbar).

¹⁶ Die Daten basieren auf einer Befragung, die im Juni und Juli 2025 stattgefunden hat. Vgl. Manthey et al. (2026), a. a. O.

¹⁷ Scott Jacques et al. (2016): Effects of prohibition and decriminalization on drug market conflict. Comparing street dealers, coffeeshops, and cafés in Amsterdam. *Criminology & Public Policy*, 15(3), 843–875 (online verfügbar); Jens Beckert und Frank Wehinger (2013): In the shadow: Illegal markets and economic sociology. *Socio-Economic Review*, 11(1), 5–30 (online verfügbar).

Tabelle

Prävalenz von Drogenkonsum in Deutschland
In Prozent der Befragten

Substanz	2012	2015	2018	2021	2024
Cannabis					
Prävalenz insgesamt	4,5	6,1	7,1	8,8	9,8
Starker Konsum	0,5	0,7	0,8	1,5	1,6
Regelmäßiger Konsum	1,3	1,7	1,8	2,0	2,6
Unregelmäßiger Konsum	2,7	3,7	4,5	5,3	5,7
Prävalenz Konsum nach Substanz ¹					
Cannabis					63,60
Kokain/Crack					7,10
MDMA					6,50
Heroin					5,20
NPS					5,20
Amphetamin					4,50
LSD					4,50
Halluzinogene Pilze					3,20

1 von denen, die angegeben haben, Drogen zu konsumieren.

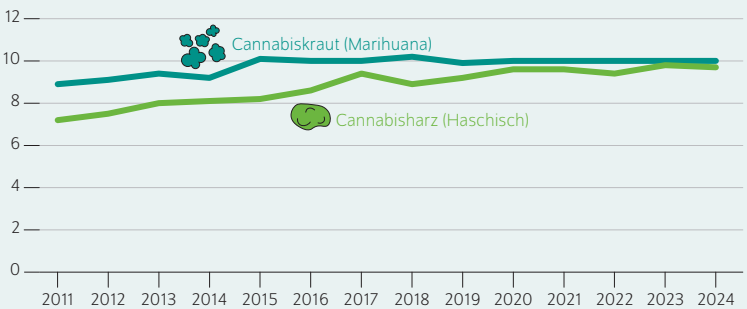
Anmerkung: Das obere Panel der Tabelle zeigt die Entwicklung derjenigen, die in der Befragung angaben, in den letzten zwölf Monaten Cannabis konsumiert zu haben (insgesamt und unterschieden nach Regelmäßigkeit). Das untere Panel zeigt den Anteil derjenigen, die angaben, in den letzten zwölf Monaten bestimmte Substanzen konsumiert zu haben.

Quellen: IFT Institut für Therapieforchung, Epidemiologischer Suchtsurvey.

© CC BY 4.0

Abbildung 2

Preisentwicklung für Cannabis
Durchschnittliche Straßenhandelspreise pro Gramm in Euro



Quellen: Franziska Schneider, Krystallia Karachaliou und Esther Neumeier (2026): Bericht 2025 des nationalen REITOX-Knotenpunkts an die EUDA (Datenjahr 2024/2025). Deutschland, Workbook Drogenmärkte und Kriminalität. Deutsche Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht DBDD, IFT Institut für Therapieforchung, München; eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

Der Preis für Cannabis, insbesondere Cannabisbiskraut (Marihuana), hat sich in den letzten Jahren relativ stabil entwickelt.

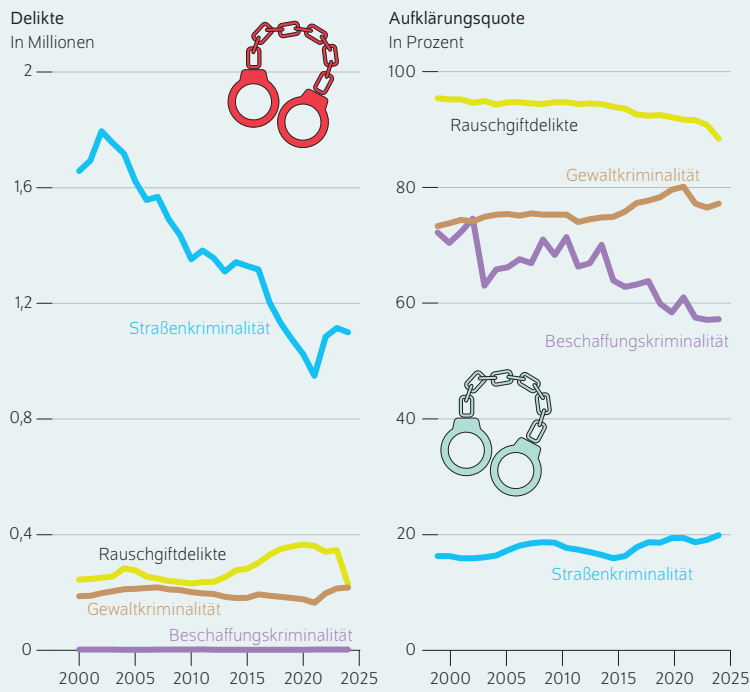
(veränderte Konsummuster) haben. Der Gesamteffekt ist vorab nicht eindeutig bestimmbar.

Eine kausale Analyse ist im Rahmen dieses Berichts nicht möglich, stattdessen fokussiert er sich auf deskriptive Entwicklungen (Abbildung 3). Bei Gewaltkriminalität gab es einen Anstieg Anfang der 2000er Jahre, gefolgt von einer langen Zeit sinkender Fallzahlen. Seit etwa 2021 wurden

Abbildung 3

Kriminalitätsentwicklung und Aufklärungsquoten in Deutschland von 2000 bis 2024

Anzahl erfasster Fälle und Aufklärungsquoten



Quellen: Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

Aufklärungsquoten für Beschaffungskriminalität und Rauschgiftdelikte sind längerfristig gesunken, für Gewalt- und Straßenkriminalität leicht gestiegen.

mehr Fälle verzeichnet, aber ohne sprunghafte Veränderung zwischen 2023 und 2024.¹⁸ Die Zahl der erfassten Fälle von Beschaffungskriminalität fluktuiert mit einem Tief im Jahr 2019 (1598 Fälle). Danach stieg sie an, 2024 wurden 2584 Fälle erfasst.

Durch die Cannabis-Teillegalisierung werden potenziell Ressourcen bei der Polizei sowie in Folge bei Staatsanwaltschaften oder Gerichten frei. Grund ist der Wegfall der Verfolgung von vorher strafrechtlich relevanten Fällen. In anderen Kontexten hat eine solche Verschiebung dazu geführt, dass diese Ressourcen an anderer Stelle zur Kriminalitätsbekämpfung (zum Beispiel bei Eigentumsdelikten) eingesetzt werden konnten.¹⁹ Erfolge der Polizei können sich in einer höheren Anzahl erfasster Fälle spiegeln. Ein anderes Maß sind Aufklärungsquoten: Diese sind relativ hoch für Gewaltkriminalität und im Vergleich dazu niedrig für Straßenkriminalität (Abbildung 3). Aus den Daten, die bei

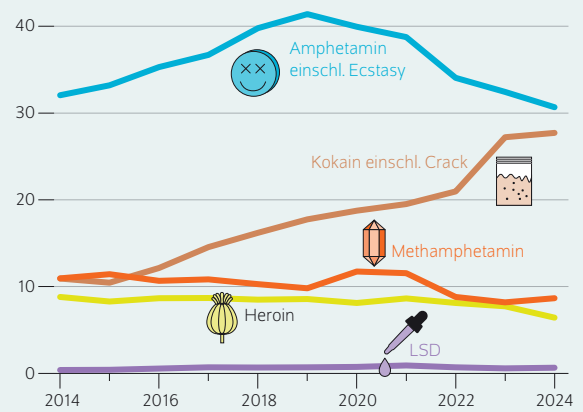
¹⁸ Im Vergleich sind die Fallzahlen in anderen Bereichen, wie zum Beispiel bei der Straßenkriminalität (Abbildung 3), deutlich höher als bei der Beschaffungs- und Gewaltkriminalität. Vgl. auch Anna Bindler und Hannah Walther (2025): Das Sicherheitsgefühl in Deutschland ist sozial und regional ungleich verteilt. DIW Wochenbericht Nr. 30, 463–471 (online verfügbar).

¹⁹ Adda, McConnell und Rasul (2014), a. a. O.

Abbildung 4

Rauschgiftkriminalität in Deutschland nach Substanzen

Anzahl erfasster Fälle in Tausend



Quellen: Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

Erfasste Fälle von Rauschgiftdelikten mit Kokain einschließlich Crack sind seit 2015 und besonders nach 2022 stark gestiegen.

Veröffentlichung dieses Berichts bis 2024 verfügbar sind, lässt sich bisher bei keiner der abgebildeten Deliktarten eine merklich höhere Aufklärungsquote nach der Reform verzeichnen.²⁰ Allerdings setzt eine solche Veränderung möglicherweise mit Verzögerung ein, insbesondere bei zeitintensiveren Ermittlungen oder strukturellen Veränderungen. Eine wichtige Komponente der Polizeiarbeit, nämlich die der Prävention, ist schwieriger darzustellen: Nicht erfasste Fälle und nicht begangene Straftaten sind in der PKS nicht unterscheidbar.

Entwicklungen auf anderen Drogenmärkten

Eine Befürchtung bezüglich der Teillegalisierung ist, dass Cannabis als „Einstiegsdroge“ dienen und die Wahrscheinlichkeit erhöhen könnte, andere illegale Substanzen zu konsumieren. Mit den verfügbaren Daten ist es schwierig, diese Aussage kausal zu untersuchen. Allerdings lohnt es sich, die Entwicklungen auf Drogenmärkten näher anzuschauen.²¹

Starker Anstieg von kokainbezogenen Delikten

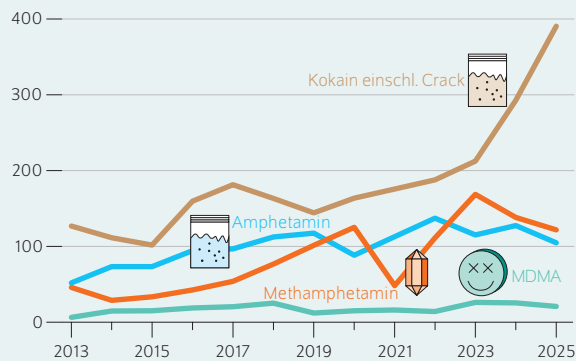
Verglichen mit Cannabis zeigen sich bei anderen Substanzen unterschiedliche Entwicklungen: Bei kokainbezogenen Delikten (einschließlich Crack) ist ein sehr starker Anstieg in der PKS zu sehen, von 20964 Fällen im Jahr 2022 auf

²⁰ Bei Rauschgiftdelikten sind Aufklärungsquoten aufgrund des oben beschriebenen Phänomens der Kontrollkriminalität sehr hoch.

²¹ Für weitere Informationen und Referenzen zur Entwicklung von Drogenmärkten und sogenannten Drogenepidemien, vgl.: Timothy J. Moore und Rosalie Liccardo Pacula (2021): Causes and consequences of illicit drug epidemics. In: Klaus F. Zimmermann (Hrsg.): Handbook of Labor, Human Resources and Population Economics. Springer (online verfügbar).

Abbildung 5

Abwassermessungen zu illegalen Substanzen Milligramm pro 1000 Einwohner und Tag



Anmerkung: Illegale Substanzen in Abwasserdaten ausgewählter Städte, durchschnittliche Werte pro Jahr. Nicht alle Städte nahmen in jedem Jahr teil.

Quellen: European Union Drugs Agency (2026): Wastewater analysis and drugs – a European multi-city study; eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

Die Abwasserdaten deuten auf einen markanten Anstieg im Konsum von Kokain einschließlich Crack hin.

27224 Fälle im Jahr 2023 und 27703 im Jahr 2024 (Abbildung 4). Bei anderen Substanzen (Amphetamin einschließlich Ecstasy, Methamphetamin, Heroin, LSD) sind dagegen in den letzten Jahren in den von der PKS erfassten Fällen Rückgänge oder (relativ) stabile Zahlen zu sehen.

Deutliche Zunahme von Drogenrückständen im Abwasser

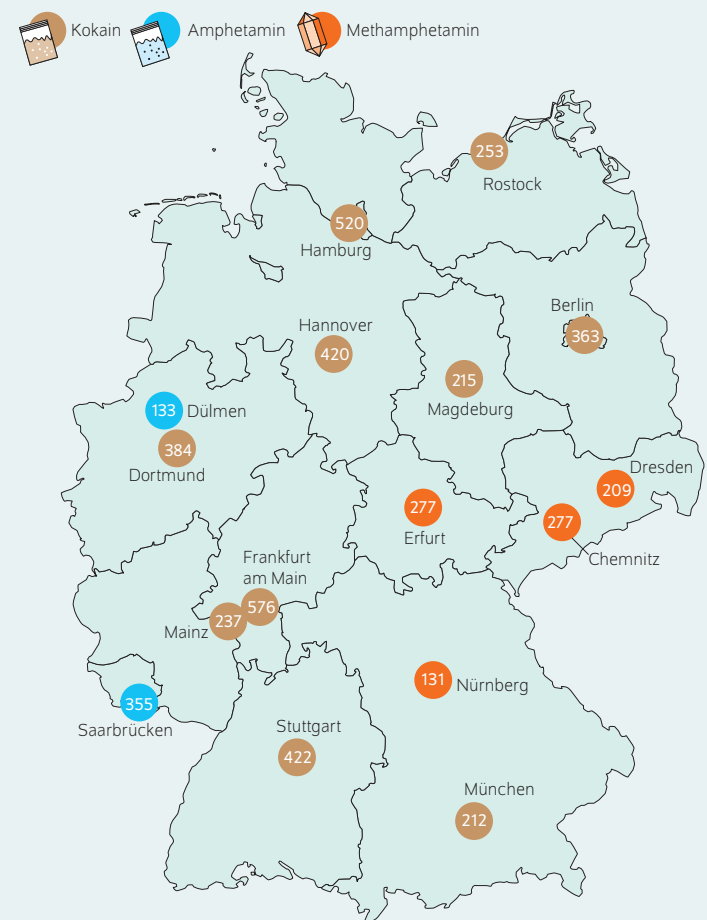
Wie bei Cannabisdelikten handelt es sich auch hier zu einem großen Teil um *Kontrollkriminalität*. Die PKS spiegelt die Kombination der zugrundeliegenden Entwicklungen und Intensität der Erfassung durch die Polizei wider. Befragungen sind, wie oben beschrieben, bei illegalen Substanzen nur bedingt aufschlussreich und für viele Substanzen bieten sich wiederum Abwasserdaten als Datenquelle an (Kasten).²² Wie in der PKS fällt für die teilnehmenden Städte ein im Durchschnitt starker Anstieg für Kokain und Crack insbesondere seit 2019/2020 auf (Abbildung 5). Verglichen mit 2015 war die durchschnittlich festgestellte Menge 2025 fast viermal so hoch. Auch die gemessene Menge für Amphetamin und insbesondere Methamphetamin stieg auf ein Mehrfaches.

Dabei gibt es regionale Unterschiede. Vor allem in Großstädten wie Dortmund, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart sowie Berlin ist Kokain weiter verbreitet als andere Substanzen (Abbildung 6). In den meisten weiter östlich gelegenen Städten (Chemnitz, Dresden, Erfurt und Nürnberg)

²² Heroin ist bis dato schwer bis gar nicht im Abwasser nachweisbar. Rückstände liegen teils unter der Nachweisgrenze oder können nicht eindeutig von den Rückständen anderer Opiode, die auch in der medizinischen Behandlung genutzt werden (insbesondere Morphin), unterschieden werden. Vgl.: European Union Drugs Agency (2026): Wastewater analysis and drugs – a European multi-city study (online verfügbar).

Abbildung 6

Regionale Heterogenitäten in Drogenrückständen im Abwasser Prävalenteste Substanz



Anmerkung: Die Grafik zeigt die im Abwasser jeweils am stärksten nachgewiesene Substanz, gemessen anhand der höchsten Rückstandsmenge pro 1000 Einwohner (in mg). Die Daten liegen nicht für alle Städte für alle Jahre vor. Ausgewiesen sind bevölkerungsgewichtete Durchschnittswerte.

Quellen: European Union Drugs Agency (2026): Wastewater analysis and drugs – a European multi-city study; eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

Vor allem in westdeutschen Städten und in Berlin ist Kokain die prävalenteste illegale Droge im Abwasser, in Städten näher der tschechischen Grenze Methamphetamin.

ist Methamphetamin prävalenter. Die Beobachtungen für Deutschland decken sich mit Europa:²³ Insgesamt gibt es Anstiege mit höheren Konzentrationen von Kokain in Städten in West- und Südeuropa, und Methamphetamin in osteuropäischen Städten (vor allem in Tschechien und der Slowakei).²⁴

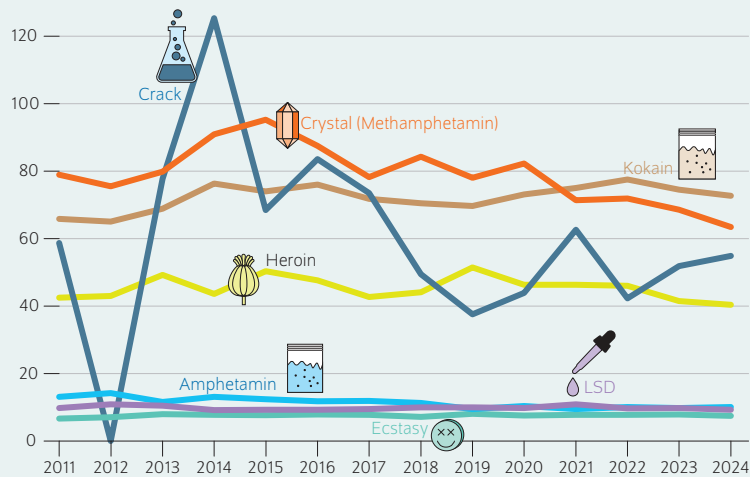
²³ European Union Drugs Agency (2026), a. a. O.

²⁴ Tschechien galt lange als Hauptproduzentenland für Crystal Meth in Europa. Die räumliche Nähe der ost- und südostdeutschen Städte zur Grenze (und damit zu den Handelswegen) ist eine plausible Erklärung für die regionale Verteilung. Andere Gründe können in der demografischen und sozio-ökonomischen Zusammensetzung der Konsument*innen liegen, und wie diese sich regional in Deutschland verteilen.

Abbildung 7

Preisentwicklung für illegale Substanzen

Durchschnittliche Straßenhandelspreise pro Gramm/Einheit in Euro



Anmerkung: Der Preis für Crack beruht auf einer geringen Datenlage (weniger als fünf Bundesländer).

Quellen: Franziska Schneider, Krystallia Karachaliou und Esther Neumeier (2026): Bericht 2025 des nationalen REITOX-Knotenpunkts an die EUDA (Datenjahr 2024/2025). Deutschland, Workbook Drogenmärkte und Kriminalität. Deutsche Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht DBDD, IFT Institut für Therapieforchung, München; eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

Bis auf den Preis für Crack sind die meisten Preise relativ stabil geblieben.

Preise auf illegalen Märkten

Wie bei Cannabis sind auch hier Preisentwicklungen von Interesse. Bei den vom BKA ermittelten Straßenhandelspreisen für illegale Drogen zeigen sich ähnlich wie beim Konsum unterschiedliche Tendenzen. Während Preise für zum Beispiel Heroin und Kokain relativ stabil geblieben sind, ist der Preis für Methamphetamine seit 2015 leicht und für Crack stark gesunken (Abbildung 7). Allerdings beruhen insbesondere die ermittelten Preise für Crack auf teilweise nur wenigen Beobachtungen.

Fazit: Priorität auf Prävention und Aufklärung legen

Aus den Analysen in diesem Wochenbericht lassen sich mehrere Erkenntnisse ableiten. Cannabiskonsum und -preise haben sich ersten Daten zufolge nach der Teillegalisierung nicht markant verändert, wie auch der erste Zwischenbericht zur offiziellen wissenschaftlichen Evaluation der Reform schlussfolgert.²⁵ Aufgrund der Datenlage können allerdings nur kurzfristige Aussagen getroffen werden; mittel- und langfristige Evaluierungen werden wichtig sein. Die PKS-Daten zeigen einen starken Rückgang von Rauschgiftdelikten nach der Reform, der primär ein statistischer Effekt der Legalisierung ist. Anstiege in Beschaffungs- und Gewaltkriminalität könnten auf eine angespanntere Situation auf

dem Drogenmarkt deuten, allerdings beginnen diese Entwicklungen deutlich vor 2024. Indikatoren für die Nachfrage illegaler Drogen sprechen für einen Anstieg vor allem beim Konsum von Kokain/Crack und Methamphetamine, jeweils mit eigener Dynamik. Auch hier begann die Entwicklung bereits vor 2024.

Es lassen sich insbesondere zwei Implikationen für Politik und Gesellschaft ableiten. Erstens geht es um die Frage, ob und wie Nachfrage und Angebot von Cannabis reguliert werden sollten. Medizinische Forschung zeigt, dass gesundheitliche Risiken bestehen und nicht verharmlost werden sollten.²⁶ Die Anzahl derjenigen, die Cannabis konsumieren, steigt seit Jahren. Dabei hat die Teillegalisierung, zumindest auf den ersten Blick, bisher nicht über längerfristige Entwicklungen hinaus zu markanten Veränderungen geführt. Um letztere politisch zu adressieren, scheint ein Ansatz der Aufklärung und Prävention (über Diskussionen zur Rücknahme der Reform hinaus) besonders wichtig. Zweitens konzentriert sich die aktuelle Debatte stark auf Cannabis, während andere Entwicklungen auf Drogenmärkten weniger öffentliche Beachtung finden. Da die Ressourcen begrenzt sind, bleibt die Frage, wo der größte Handlungsbedarf besteht und ob der aktuelle Diskurs diesen reflektiert. Angesichts der Entwicklungen bei illegalen Substanzen wie Kokain und Crack, Methamphetamine und künftig voraussichtlich auch stärker synthetischen Opioiden sollte hier der Fokus liegen. Dabei gibt es keine Steuerungselemente wie auf legalen Märkten (zum Beispiel über Steuern oder Altersbeschränkungen wie bei Tabak oder Alkohol). Stattdessen kommt öffentlichen Behörden und Institutionen (wie Polizei und Zoll) eine wichtige Funktion zu. Studien aus dem internationalen Kontext zeigen, dass eine Unterbrechung von Lieferketten auf der Angebotsseite kurzfristig effektiv sein kann.²⁷ Langfristig kommt auf der Nachfrageseite der Suchtberatung, der Prävention durch Aufklärung und der flächendeckenden Gesundheitsversorgung eine tragende Rolle zu. Die Schwierigkeit wird weiter darin bestehen, die Angebote nachhaltig zu finanzieren sowie Risikogruppen und betroffene Menschen wirksam zu erreichen.

²⁶ Besonders gefährdet durch Cannabiskonsum gelten Jugendliche (da sich das Gehirn bis Mitte 20 noch entwickelt), Personen mit psychischer Vorbelastung sowie Menschen mit bestehendem Sucht- oder Herz-Kreislauf-Risiko. In diesen Gruppen können kognitive Beeinträchtigungen, Abhängigkeitsentwicklung oder psychische Erkrankungen wahrscheinlicher auftreten. Vgl. Marion Sonnenmoser (2008): Cannabiskonsum: Für Jugendliche besonders riskant. Deutsches Ärzteblatt, Ausgabe 1, 34–35 (online verfügbar).

²⁷ Vgl. Carlos Dobkin und Nancy Nicosia (2009): The war on drugs: Methamphetamine, public health and crime. American Economic Review, 99(1), 324–349 (online verfügbar).

²⁵ Vgl. Manthey et al. (2025), a. a. O.

Anna Bindler ist Leiterin der Abteilung Kriminalität, Arbeit und Ungleichheit im DIW Berlin | abindler@diw.de

Andreea-Maria Stoica ist Doktorandin in der Abteilung Kriminalität, Arbeit und Ungleichheit im DIW Berlin | astoica@diw.de

JEL: I12, I18, K32, K42

Keywords: cannabis, drugs, crime, legalization, police

© ⓘ Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 13/2026:

www.diw.de/diw_weekly



INTERVIEW



Anna Bindler, Leiterin der Abteilung Kriminalität,
Arbeit und Ungleichheit im DIW Berlin

„Teillegalisierung hat Cannabiskonsum kurzfristig nicht strukturell verändert“

1. Frau Bindler, wie stark ist die Zahl der Cannabisdelikte in Deutschland nach der Teillegalisierung zurückgegangen? Nach der Teillegalisierung von Cannabis sehen wir in der Polizeilichen Kriminalstatistik einen sehr starken Rückgang in der Zahl der erfassten Cannabisdelikte. 2023 gab es circa 174 000 Fälle, 2024 etwa 62 000, also fast nur noch ein Drittel. Dieser Rückgang erklärt sich sicherlich zum Großteil daraus, dass einige Fälle aufgrund der Legalisierung nicht mehr strafrechtlich relevant sind.

2. Wie hat sich der Konsum von Cannabis nach der Teillegalisierung entwickelt? Im Epidemiologischen Suchtsurvey werden Menschen gefragt, wie oft und wie viel sie in den letzten zwölf Monaten Cannabis konsumiert haben. Dabei gaben 2024 knapp zehn Prozent der Befragten an, dass sie im letzten Jahr Cannabis genommen haben. Wenn man zurückgeht auf die Jahre davor, sehen wir etwa seit 2012 einen moderaten Anstieg. Das heißt, bereits vor der Teillegalisierung gaben mehr Menschen an, Cannabis konsumiert zu haben. Wichtig ist hier, dass wir zumindest kurzfristig im Jahr 2024 keine strukturelle Veränderung sehen. Wir haben also eine langfristige Entwicklung, aber keinen markanten Anstieg im Jahr der Teillegalisierung.

3. Wie hat sich der Cannabispreis nach der Teillegalisierung entwickelt? Zum Cannabispreis liegen uns derzeit Daten bis 2024 vor. Das heißt, auch hier sind nur kurzfristige Aussagen möglich. Der Straßenhandelspreis, der vom BKA ermittelt wird, ist langfristig zwar gestiegen, aber in den letzten Jahren relativ stabil bei etwa zehn Euro pro Gramm geblieben. Das heißt, wir sehen keine markante Veränderung mit der Teillegalisierung. Wenn wir legale und illegale Quellen vergleichen, scheint es keine riesengroßen Unterschiede zu geben, zumindest Stand heute.

4. Wie sieht es aus beim Konsum von anderen Drogen? Im Vergleich zu Cannabis sehen wir bei anderen Drogen auch bereits vor der Teillegalisierung dynamischere Entwicklungen. Auch hier sprechen wir über langfristige Entwicklungen.

Wir sehen dabei einen starken Anstieg gerade bei Kokain und Crack, aber auch bei anderen Substanzen mit teils unterschiedlicher Dynamik je nach Datenquelle. Wenn wir auf die sehr verlässlichen Abwasserdaten schauen, erkennen wir auch bei Amphetamin und Methamphetamin Anstiege.

5. Was lässt sich aus Ihren Ergebnissen für künftige drogenpolitische Weichenstellungen ableiten? Wir leiten zwei Punkte daraus ab. Der erste Punkt bezieht sich auf Cannabis. In den Daten sehen wir einen langfristigen Anstieg des Cannabiskonsums, aber keine kurzfristigen strukturellen Veränderungen im Zuge der Teillegalisierung. Wenn es der politische Wunsch ist, den Cannabiskonsum zu reduzieren, ist daher die Debatte um ein erneutes Verbot vielleicht nicht der wirksamste Hebel. Vielmehr sollten wir uns Gedanken um Aufklärung und Prävention machen. Punkt zwei sind andere Drogenmärkte. Die Probleme, die dort entstehen und entstehen können, gerade bei Kokain, Crack und Methamphetamin, sollten wir nicht aus den Augen verlieren. Auch synthetische Opioide wie Fentanyl könnten zu einem Problem werden. Was kann man hier machen? Kurzfristig sind Unterbrechungen der Lieferketten effektiv, langfristig nicht so sehr. Langfristig sind gerade Interventionen auf der Nachfrageseite, also bei den Konsument*innen wichtig – sprich, Prävention, Aufklärung, Suchtberatung und Gesundheitsversorgung. Die große Herausforderung wird sein, das nachhaltig zu finanzieren und auch betroffene Menschen erreichen zu können.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf
www.diw.de/interview

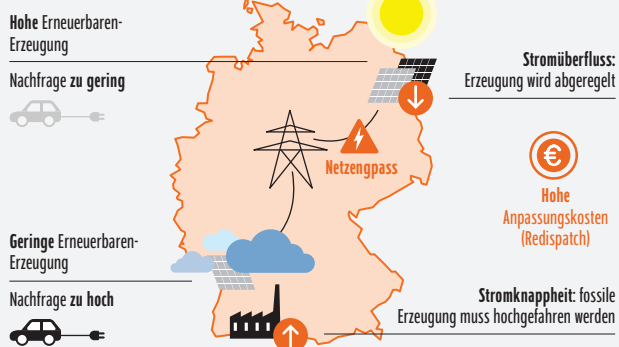
Lokale Marktpreise können Stromkosten reduzieren

Von Karsten Neuhoff und Leon Stolle

- Deutschlands einheitliche Strompreiszone berücksichtigt nicht regionale Unterschiede bei Angebot und Nachfrage, die durch erneuerbare Energien zeitlich stark variieren
- Um Netzüberlastung zu vermeiden, werden Stromerzeuger angewiesen ihre Produktion anzupassen – das kostet jährlich knapp vier Milliarden Euro
- Mit lokalen Marktpreisen werden diese Kosten vermieden und es ergeben sich Engpasserlöse – der Netzausbaubedarf wird reduziert
- Mit Engpasserlösen können Stromkunden gegen lokale Preisrisiken abgesichert und deutschlandweit verlässliche Investitionsbedingungen geschaffen werden
- Breite internationale Erfahrung sollte genutzt werden, um lokale Marktpreise in Deutschland und anderen europäischen Ländern schnell umzusetzen

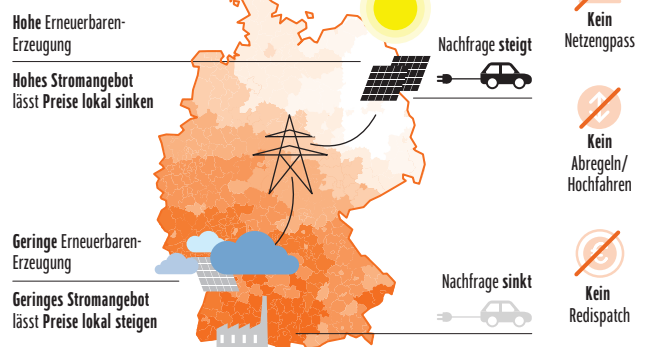
Die Einheitspreiszone führt zu Netzengpässen und Kosten – Lokale Marktpreise bringen Angebot und Nachfrage regional in Einklang

EINHEITSPREISZONE (bisheriges Strommarktdesign)



Quelle: Eigene Darstellung.

LOKALE MARKTPREISE (Reformoption)



© CC BY 4.0, creativecommons.org/licenses/by/4.0

ZITAT

„Der deutsche Strommarkt muss dringend reformiert werden, weil die Einheitspreiszone hohe Kosten für Engpassmanagement und Netzausbau verursacht. Alternativen wie Preiszonensplits und dynamische Netzentgelte können das Problem nur teilweise lösen. Lokale Marktpreise hingegen können Kosten zum Netzausbau und zur Lösung von Netzengpässen einsparen.“ — Karsten Neuhoff —

Lokale Marktpreise können Stromkosten reduzieren

Von Karsten Neuhoﬀ und Leon Stolle

ABSTRACT

Deutschland hat sich mit der Liberalisierung der Strommärkte 1998 für einen deutschlandweit einheitlichen Großhandelspreis entschieden. Regionale Unterschiede bei Angebot und Nachfrage werden dabei nicht berücksichtigt. Bei Netzengpässen werden Stromerzeuger bezahlt, um ihre Produktion anzupassen. Das führt zu steigenden Kosten, einer Überschätzung des Netzausbaubedarfs und mehr Bürokratie. Aktuell werden deswegen Reformen diskutiert, insbesondere eine Aufteilung der Einheitspreiszone, lokale Marktpreise und dynamische Netzentgelte. Während eine Aufteilung in große Preiszonen die Probleme nur begrenzt löst, können mit lokalen Marktpreisen die Kosten zur Lösung von Netzengpässen eingespart und zugleich Engpasserlöse erzielt werden. Diese können genutzt werden, um Marktteilnehmer gegen lokale Preisrisiken abzusichern. Für die Bestimmung lokal differenzierter dynamischer Netzentgelte, wie sie jüngst von der Bundesnetzagentur vorgeschlagen wurden, wären Prognosen von Angebot und Nachfrage in unerreichbarer Präzision nötig. Lokale Marktpreise werden hingegen in Echtzeit gestellt und sind auf diese Prognosen nicht angewiesen. Die breite internationale Erfahrung sollte genutzt werden, um lokale Marktpreise in Deutschland und anderen europäischen Ländern schnell umzusetzen.

Energieversorgungsunternehmen haben lange Zeit die meisten Kraftwerke in der Nähe der Nachfrage gebaut oder mit leistungsfähigen Übertragungs- und Verteilnetzen verbunden. Dank dieser sogenannten Kupferplatte gab es im Betrieb wenige Netzengpässe. Auf Grundlage dieses durchgängig starken Netzes wurde bei der Liberalisierung des Strommarkts 1998 nur ein deutschlandweit einheitlicher Großhandelspreis eingeführt. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der gestiegenen Stromnachfrage aus E-Mobilität, Wärmepumpen und elektrifizierter Industrieproduktion hat sich die Anschlussleistung vervielfacht. Aktuell werden deswegen Netzausbaukosten in der Größenordnung von 650 Milliarden Euro bis 2045 prognostiziert,¹ um Engpässe im Verteil- und Übertragungsnetz zu beseitigen.

Wenn der Netzausbau nicht alle Netzengpässe beseitigt, führt der deutsche Einheitsstrompreis zu Marktverzerrungen: Er ist zu niedrig in Regionen, in denen es gerade wenig Wind und Sonnenschein gibt – die lokale Erzeugung und Importe aus anderen Regionen können die hohe Nachfrage nicht decken. Zugleich ist er dann für andere Regionen zu hoch, was dort zu einem Stromüberschuss führt, der aufgrund begrenzter Übertragungskapazität nicht exportiert werden kann.

Die Netzbetreiber weisen in solchen Stunden Kraftwerke in Regionen mit Unterdeckung an, ihre Produktion zu steigern, und fordern Erzeuger in anderen Regionen auf, ihre Produktion zu reduzieren (Kasten). Alle Betroffenen erhalten dafür Zahlungen. Dieser sogenannte Redispatch kostete jährlich zuletzt knapp vier Milliarden Euro (Abbildung 1) und führt zu einer Erhöhung der Netzentgelte um rund acht bis zehn Euro je Megawattstunde (MWh). Dies entspricht rund zehn Prozent der Gesamtkosten bei sehr großen Stromabnehmern.² Die deutschen Netzbetreiber prognostizieren eine Verdoppelung des maximalen Redispatchvolumens von

¹ Tom Bauermann, Patrick Kaczmarczyk und Tom Krebs (2024): Ausbau der Stromnetze: Investitionsbedarfe. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (online verfügbar, abgerufen am 23. Februar 2026). Dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders vermerkt).

² Im Jahr 2026 werden die Netzentgelte einmalig mit 6,5 Milliarden Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds bezuschusst, vgl. Bundesregierung (2025): Entlastung bei Energiekosten: Niedrigere Stromkosten (online verfügbar).

25 Gigawatt (GW) Anfang des Jahrzehntes auf über 50 GW bis 2030.³ Europaweit könnten sich die Redispatchvolumen bis 2040 versechsfachen.⁴

Für den Redispatch müssen immer mehr Kraftwerke als Reserve bereitgehalten werden. Das Potenzial an Kraftwerkskapazitäten dafür ist größtenteils ausgeschöpft.⁵ Europaweit wird bis 2040 für den Redispatch ein zusätzlicher Kraftwerksbedarf von rund 60 GW prognostiziert; das entspricht rund 15 Prozent der aktuellen Stromnachfrage.⁶

Angestoßen durch eine europaweite Überprüfung der Preis-zonen sowie neue Empfehlungen von Seiten der Forschung, der Monopolkommission und der Bundesnetzagentur werden aktuell in Berlin und Brüssel drei Strommarktreformen diskutiert, um die Marktverzerrungen zu lösen: lokale Marktpreise, ein Preiszonensplit und dynamische Netzentgelte.⁷ In diesem Wochenbericht wird vor allem die Ausgestaltung der lokalen Marktpreise für Deutschland analysiert und mit den anderen beiden Optionen verglichen.

Lokale Marktpreise vermeiden Netzengpässe und sparen Kosten

Da sich der Wert von Strom je nach Angebot und Nachfrage zu jedem Zeitpunkt regional stark unterscheiden kann, gibt es in vielen Ländern lokale Marktpreise für jede größere Stadt oder ländliche Region. Der lokale Preis spiegelt die Situation vor Ort: Bei hoher Solar- und Windproduktion ist er gering und motiviert so zum Laden beispielsweise von Wärme- und Batteriespeichern; bei hoher Nachfrage und geringer Erzeugung ist er hingegen hoch. Dies stellt sicher, dass sich Erzeugung, Speicher und Last netzdienlich verhalten, vermeidet Netzengpässe und spart Kosten durch die Nutzung eines breiteren Flexibilitätspotenzials. Alle lokalen Märkte sind dabei in den europäischen Strommarkt integriert. Die Preise ergeben sich wie bisher an der Börse in Zusammenarbeit zwischen Börsenbetreibern und Netzbetreibern, die ihre kommerziellen und technischen Kompetenzen zusammenführen. Ein Algorithmus bestimmt den lokalen Strompreis so, dass Angebot und Nachfrage regional in Einklang kommen. Bei der Preisfindung werden die verfügbaren Übertragungskapazitäten berücksichtigt,

³ Florian Dinger und Marius Klemm (2026): Dynamische Netzentgelte. Präsentation der 4ÜNB im Rahmen des AgNes-Expertenworkshops am 14. Januar 2026 bei der Bundesnetzagentur (online verfügbar).

⁴ Unter der Annahme eines ambitionierten Netzausbaus im Rahmen des deutschen Netzausbauplans, vgl. Georg Thomassen et al. (2024): Redispatch and Congestion Management. Europäische Kommission (online verfügbar).

⁵ Karsten Neuhoﬀ, Marion Ott und Paula Prakash (2025): Welcher Reformbedarf besteht im Engpassmanagement? (online verfügbar).

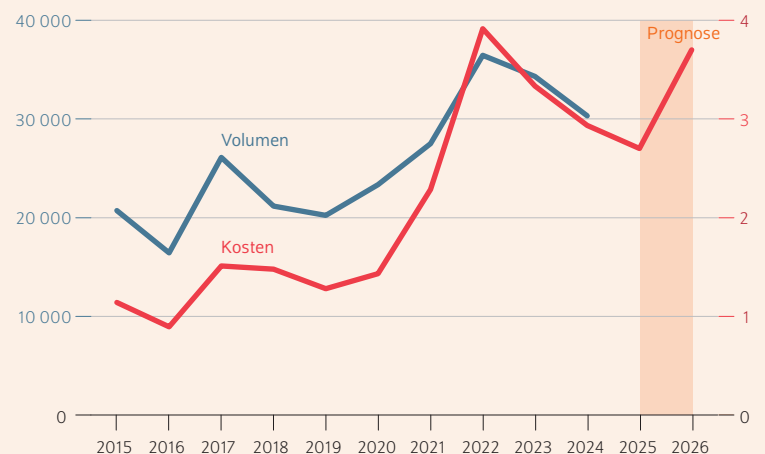
⁶ Georg Thomassen und Andreas Fuhrmanek (2025): Locational price signals in Europe. Publications Office of the European Union (online verfügbar); vgl. Nachfragedaten auf der Website von European Network of Transmission System Operators for Electricity (Entso-E) (online verfügbar).

⁷ European Network of Transmission System Operators for Electricity (2025): Bidding Zone Review (online verfügbar); Veronika Grimm et al. (2024): Der deutsche Strommarkt braucht lokale Marktpreise. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Juli (online verfügbar); Monopolkommission (2025): 10. Sektorgutachten Energie: Wettbewerb und Effizienz für ein zukunftsfähiges Energiesystem (online verfügbar); Bundesnetzagentur (2025): Dynamische Netzentgeltkomponente. Festlegungsverfahren der Netzentgeltsystematik Strom (online verfügbar).

Abbildung 1

Entwicklung von Kosten und Volumen für Engpassmanagement in Deutschland

Volumen in Gigawattstunden (linke Achse); Kosten in Milliarden Euro (rechte Achse)



Anmerkung: Neben Redispatch als größtem Faktor gehören auch Countertrading und Einspeisemanagement zum Engpassmanagement. Die Kosten für die Jahre 2025 und 2026 sind Prognosen.

Quelle: Bundesnetzagentur (Smard; Workshop am 14. Januar 2026); Energate-Newsletter; eigene Darstellung.

© CC BY 4.0

Das Volumen und die Kosten des Engpassmanagements sind stark gestiegen und führen ohne Strommarktreform zu höheren Netzentgelten.

sodass Strom aus Regionen mit niedrigen Preisen in Regionen mit höheren Preisen fließt. Redispatch wird so vermieden. In Stunden ohne Engpasssituation gleichen sich dabei die lokalen Strompreise untereinander an.

Durch die effiziente Nutzung von Flexibilität und Netzen reduzieren lokale Preise den Ausbaubedarf im Übertragungsnetz. Diese unterstützen das Engpassmanagement auch im Verteilnetz und reduzieren dort den Ausbaubedarf. Dafür muss der Preis nicht noch innerhalb des Verteilnetzes differenziert werden. Denn Wind, Sonne und Temperatur sind innerhalb einer Region sehr ähnlich. Somit motiviert zum Beispiel bei viel Wind und Sonne ein geringer lokaler Preis zum Aufladen von Batterien und Wärmespeichern in der ganzen Stadt. Das hilft dem gesamten Verteilnetz. Lokale Marktpreise können so Spielraum und damit Zeit schaffen, um durch Digitalisierung der Verteilnetze die tatsächliche Netzauslastung zu erfassen und Ausbaubedarf oder aktives Engpassmanagement darauf auszurichten.⁸

Lokale Marktpreise wurden in den meisten liberalisierten Strommärkten außerhalb von Europa eingeführt, wenn in großen Strompreiszonen wachsender Redispatch-Bedarf zu

⁸ Karsten Neuhoﬀ, Jörn Richstein und Carlotta Piantieri (2018): TSO-DSO-PX Cooperation II. Report on key elements of debate from a workshop of the Future Power Market Platform (online verfügbar).

Kasten

Redispatch: kosten- oder marktbasiert

In Deutschland entstehen pro Jahr Kosten in Höhe von knapp vier Milliarden Euro durch den Redispatch. Diese entstehen, wenn bei Netzengpässen die Netzbetreiber Kraftwerke anweisen, ihre Stromerzeugung anzupassen. Alle Betroffenen erhalten dafür Zahlungen. Die Nachteile, die durch Engpassmanagement mit Redispatch entstehen, wurden noch bis ins Jahr 2017 für Deutschland als wenig relevant eingeschätzt.¹ Deswegen wurde lediglich ein Wechsel vom kostenbasierten zum marktbasierten Redispatch diskutiert.² Beim kostenbasierten Redispatch erhalten Anlagenbetreiber eine regulatorisch geprüfte Kostenerstattung für die Anpassung der Stromerzeugung. Beim marktbasierten Redispatch geben Kraftwerke Gebote für die Anpassung ihrer Produktion ab. Der Netzbetreiber wählt die günstigsten Angebote aus. Die Preise sollen sich also im Wettbewerb zwischen Bietern bilden statt durch eine regulatorische Prüfung. Damit soll es zugleich Speichern und Nachfrage-Flexibilitäten ermöglicht werden, sich am Redispatch zu beteiligen. Sie können im kostenbasierten Redispatch nicht berücksichtigt werden, auch weil ihre Opportunitätskosten nicht regulatorisch geprüft werden können.

Internationale Erfahrungen und ökonomische Analysen zeigen jedoch, dass Profite, die Marktteilnehmer im marktbasierten Redispatch machen, zu erheblichen Fehlanreizen führen können.³ Sie erhöhen erst die Produktion, damit sie dann im Redispatch dafür bezahlt werden, die Produktion wieder zu verringern. So werden letztendlich nur Engpässe gelöst, die durch die Fehlanreize entstehen – die Netzsituation insgesamt kann sich verschlechtern.⁴

¹ In Workshops war die Einschätzung, dass Unterschiede zwischen Redispatch und lokalen Marktpreisen bei jeweils optimal gestalteten Systemen im Betrieb gering sind, vgl. Consen-
tec und Neon (2018): Nodale und zonale Strompreissysteme im Vergleich. Kurzstudie für das
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Abschlussbericht (online verfügbar).

² Siehe Stellungnahme vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)
am 23. Februar 2017 (online verfügbar).

³ Vgl. „Belden's experiment“ in Adam Nix, Stephanie Decker und Carola Wolf (2022): Enron
and the California energy crisis: The role of networks in enabling organizational corruption.
Business History Review, 95(4), 765–802 (online verfügbar).

⁴ Karl-Martin Ehrhart et al. (2025): Analysis of a capacity-based redispatch mechanism.
Energy Economics (online verfügbar).

hohen Kosten und Systemrisiken führte.⁹ Diese Umstellung wurde in keinem einzigen Fall revidiert, sie diente stattdessen als Vorbild für Nachbarregionen, die ebenfalls auf lokale Marktpreise umstellten, insbesondere in Nordamerika.¹⁰

Dabei stellt der Echtzeitmarkt sicher, dass Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht sind und ermöglicht den kurzfristigen Bezug von Strom. Zugleich erlaubt der Day-Ahead-Markt

großen Erzeugern wie Kraftwerken und großen Verbrauchern wie der Industrie die Einsatzplanung für den Folgetag. Zuletzt bieten Terminmärkte die Möglichkeit, Preise langfristig abzusichern.

Echtzeithandel ermöglicht flexiblen Strombezug

Viele Stromkunden entscheiden kurzfristig, wann sie wie viel Strom benötigen, wann also kleine Unternehmen ihre Maschinen betreiben und Haushalte ihr Elektroauto aufladen. Zugleich können immer mehr Stromkunden mit Energiemanagementsystemen und Batterien oder Wärmespeichern kurzfristig Strom einspeisen oder nutzen. Dafür benötigen sie transparente, attraktive Preise und unbürokratische Verfahren.¹¹

Da mit lokalen Marktpreisen kein Redispatch-Bedarf mehr besteht und damit der Handel nicht mehr frühzeitig gestoppt werden muss, kann in Echtzeit auf den Strompreis reagiert werden. Dafür wird den Stromkunden der lokale Strompreis in Fünf-Minuten-Intervallen mitgeteilt.¹² Natürlich beobachten nur wenige diese Strompreise direkt, dafür gibt es Energiemanagementsysteme von beispielsweise Wärmepumpen oder smarte E-Auto-Ladestationen. Diese können anhand des Strompreises über den Energieverbrauch beziehungsweise die Einspeisung entscheiden. Relevant sind lokale Preise nur für Kunden mit Smart Meter, die sie mit größeren Flexibilitätspotenzialen wie Speichern, E-Ladestationen oder Wärmepumpen ohnehin haben. Für alle anderen Kunden kann ein deutschlandweiter Durchschnittspreis erhalten bleiben. Zusammen profitieren alle Kunden vom sinkenden Preisniveau durch netzdienliches Verhalten aller Marktteilnehmer.

Damit Stromkunden kurzfristig auf diese Preise reagieren können, benötigen sie dynamische Stromtarife. Sie müssen dabei aber nicht mit ihrer gesamten Stromnachfrage dem Spotpreis ausgesetzt sein, sondern können für einen erwarteten Strombedarf abgesichert sein und den Spotpreis nur für Abweichungen davon zahlen. Wichtig ist, dass dynamische Stromtarife nicht wie bisher auf dem deutschen Einheitspreis, sondern auf lokalen Preissignalen beruhen. Sonst vergrößern statt reduzieren sie Engpässe, Redispatch-Bedarf und Systemkosten.¹³

Am Vortag Produktion planen und Preise absichern

Im Gegensatz zu privaten Stromkunden und kleinen Betrieben planen große Industriekunden und Kraftwerke ihre Produktionsabläufe im Voraus. Eine Stromauktion um 12 Uhr am Vortag bietet derzeit in Deutschland den zentralen Marktplatz (Day-Ahead-Markt).

¹¹ Karsten Neuhoﬀ et al. (2024): How can nodal prices engage consumers? Future Power Market Platform – Workshop Report June 2024 (online verfügbar).

¹² Zur Sicherung der Resilienz kann dabei Internetkommunikation durch Rundsteuerung über das Stromnetz oder Funksignale ergänzt werden.

¹³ Neuhoﬀ, Ott und Prakash (2025), a. a. O.

⁹ Zum historischen Kontext vgl. Ignacio Aravena et al. (2021): Transmission capacity allocation in zonal electricity markets. Operations research, 69(4).

¹⁰ Vgl. Webinar zur Einführung nodaler Preise in Nordamerika (online verfügbar).

Auch in Ländern mit lokalen Preisen gibt es eine Day-Ahead-Auktion. Dabei müssen Auktionsteilnehmer in ihrem Gebot angeben, wo sich das bietende Kraftwerk oder der Abnehmer befindet.¹⁴ Gebote auf Kraftwerksebene ersparen Kraftwerksbetreibern den bisherigen Aufwand, ihre Kraftwerkskapazitäten zu aggregieren, für diese komplexe Blockgebote und nach der Auktion für jedes einzelne Kraftwerk Fahrpläne zu erstellen, die sie den Netzbetreibern mitteilen. Stattdessen können sie direkt Gebote für jedes Kraftwerk abgeben. Das erleichtert kleineren Marktteilnehmern den Marktzugang.¹⁵ Durch die Integration der Märkte für Energie-, Regelenergieprodukte- und Übertragungskapazität erhöht sich zugleich die Liquidität und Wettbewerbsintensität.¹⁶ Dabei verbessern die Gebote auf lokaler Kraftwerksebene statt im Portfolio die Transparenz, so dass eine effektive Marktüberwachung möglich wird.¹⁷

In der Auktion am Vortag sichern sich Marktteilnehmer einen Preis für die in der Auktion bestimmten Strommengen. Nur für Abweichungen von diesen vereinbarten Mengen zahlen beziehungsweise erhalten sie den lokalen Echtzeitpreis. Internationale Erfahrungen zeigen, dass die Summe einer großen Zahl von kleinen Abweichungen mithilfe von Wetterprognosen und Preiselastizitäten gut prognostiziert und damit den sicheren Netzbetrieb stärken kann. Bei großen Kraftwerken und großen Batterien trifft dieses „Gesetz der großen Zahlen“ nicht zu. Deswegen dürfen sie ihre Einspeisung oder Last nur schrittweise anpassen (Ramping Constraints) oder müssen Abweichungen gegenüber den Auktionsergebnissen des Vortages mit dem Systembetrieb abstimmen. Dazu reichen Erzeuger Gebote für Anpassungen im Tagesverlauf ein.¹⁸

Längerfristige Verträge: Kosten- und Erlörisiken absichern

Versorger und große Erzeuger nutzen Terminmärkte zur längerfristigen Absicherung von Strompreisen für Zeiträume von mehreren Monaten bis zu wenigen Jahren, sowohl derzeit in Deutschland als auch in Märkten mit lokalen Preisen. Dort beziehen sich die Terminverträge jedoch nicht auf individuelle lokale Preise, sondern auf den durchschnittlichen lokalen Preis eines Landesteils (sogenannte Trading Hubs). Bei Terminverträgen zum Trading-Hub-Preis verbleibt ein lokales Preisrisiko, das aus der Differenz zwischen dem Hub-Preis und dem lokalen Preis am Anschlusspunkt einer Anlage entsteht.

Um diese lokalen Preisrisiken abzusichern, werden bei lokalen Marktpreisen Engpasserlöse genutzt, die anstelle von Redispatch-Kosten anfallen.¹⁹ Engpasserlöse entstehen, wenn Strom in einer Region mit geringem lokalem Strompreis eingespeist und in einer anderen Region mit einem höheren Strompreis ausgespeist wird. Sie ergeben sich bereits heute im internationalen Stromhandel zwischen Ländern und werden nach den bisherigen regulatorischen Vorgaben zur Finanzierung des Netzausbaus und zur Reduktion der Netzentgelte genutzt. In Nordamerika werden diese Engpasserlöse mithilfe von Financial Transmission Rights (FTRs) an Stromversorger für ihre Stromkunden ausgegeben, um diese gegen lokale Preisrisiken abzusichern.²⁰

Eine Herausforderung sind dabei Erzeugungsprofile von Wind- und Solaranlagen, die nicht langfristig prognostiziert werden können. In Nordamerika werden sie im Portfolio von Versorgern zusammen mit einem Portfolio von FTRs abgesichert. Das wäre für kleinere Versorger im Endkundenwettbewerb weniger geeignet. Ein vielversprechender Ansatz sind hier die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Tripartite-Energie-Verträge.²¹ Dabei können Wind- und Solarprojekte ihre Erlöse mit langfristigen Differenzverträgen absichern: Die gepoolten Differenzverträge werden dann an Stromkunden ausgegeben. Dabei werden mit den Engpasserlösen die Preisunterschiede zwischen den Standorten der Wind- und Solaranlagen und denjenigen der Stromkunden ausgeglichen.²² So bekommen Stromkunden deutschlandweit verlässlich bezahlbare erneuerbare Energie.²³

Lokale Marktpreise könnten schnell umgesetzt werden

Die Einführung lokaler Marktpreise beinhaltet einmalige Kosten für Marktbetreiber und -teilnehmer, zum Beispiel um Software und Prozesse umzustellen. Erfahrungen in Nordamerika zeigen, dass diese Kosten bereits in den ersten Jahren durch Effizienzgewinne kompensiert werden können (Abbildung 2). Zusätzliche Einsparungen ergeben sich durch eingesparte Investitionen in Erzeugungskapazität und Netzausbau. Für Europa werden jährliche Einsparungen

¹⁴ Mit dem Angebot werden Startkosten, Warmlaufzeiten und die mögliche Flexibilität angegeben – wie bisher an Netzbetreiber für das Redispatch.

¹⁵ Jörn Richstein, Casimir Lorenz und Karsten Neuhoﬀ (2020): An auction story: How simple bids struggle with uncertainty. Energy Economics (online verfügbar).

¹⁶ Karsten Neuhoﬀ (2003): Integrating transmission and energy markets mitigates market power. Cambridge Working Papers (online verfügbar).

¹⁷ Paul Twomey et al. (2005): A Review of the Monitoring of Market Power. The Possible Roles of TSOs in Monitoring for Market Power Issues in Congested Transmission Systems. Center for Energy and Environmental Policy Research (online verfügbar).

¹⁸ Karsten Neuhoﬀ et al. (2025): EU power market reform toward locational pricing: Rewarding flexible consumers for resolving transmission constraints. Energy Policy, 207, 114808.

¹⁹ Leon Stolle et al. (2026): Designing Hedging Instruments for Locational Price Risks – Lessons from North American Financial Transmission Rights. DIW Discussion Paper Nr. 2156 (online verfügbar, abgerufen am 26. Februar 2026).

²⁰ Der Besitzer eines FTRs erhält für eine definierte Strommenge den Preisunterschied zwischen lokalen Marktplätzen und Trading Hubs ausgezahlt. Das sichert zusammen mit einem Terminvertrags auf den Trading Hub das Preisrisiko ab, vgl. Webinar zu der Erfahrung mit FTRs (online verfügbar).

²¹ Ankündigung von Tripartite-Energie-Verträgen: Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 5. September 2025: Commissioner Jørgensen announces first 2 sectorial tripartite contracts (online verfügbar). Zum Konzept vgl. Karsten Neuhoﬀ et al. (2024): Ein Erneuerbare-Energien-Pool lässt Verbraucher*innen an den Vorteilen der Energiewende teilhaben. DIW Wochenbericht Nr. 15, 227–234 (online verfügbar).

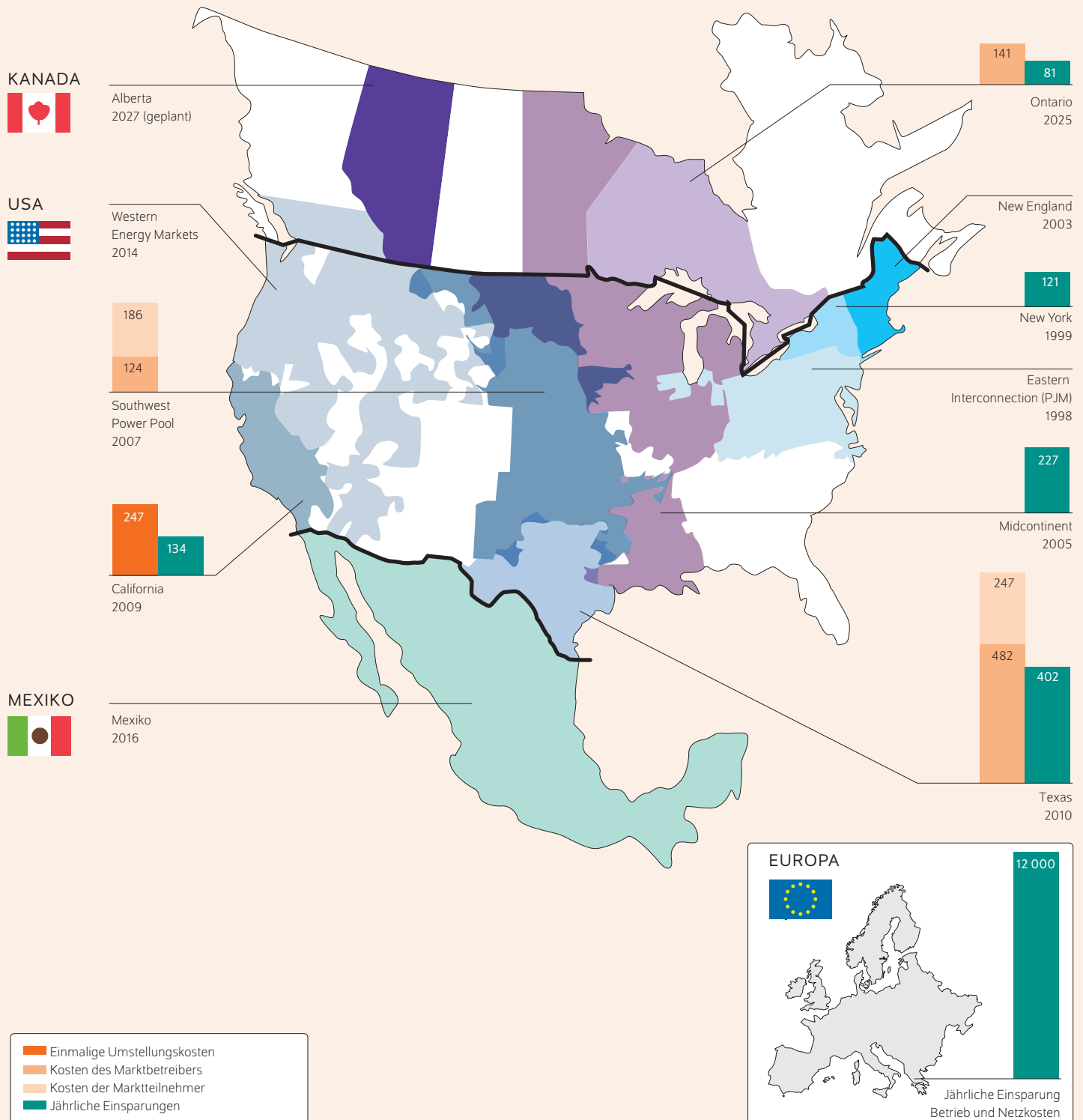
²² Zur Abschätzung der Preiseffekte vgl. Silvana Tiedemann et al. (2024): Auswirkung einer Gebotszonenteilung auf den Marktwert der Erneuerbaren Energien im Jahr 2030. Kopernikus-Projekt Ariadne (online verfügbar).

²³ Karsten Neuhoﬀ et al. (2025): Contracting Matters: Hedging Producers and Consumers with a Renewable Energy Pool. The Energy Journal (online verfügbar).

Abbildung 2

Einmalige Umstellungskosten und jährliche Einsparungen bei Einführung lokaler Strompreise in Nordamerika

In Millionen Euro; Jahr der Umstellung



Anmerkungen: Alle Werte wurden mit dem BIP-Deflator der World Bank und Währungsumrechnungskurse der Europäischen Zentralbank in Preise von 2024 in Euro umgerechnet. Da die Umstellung in Ontario erst 2025 stattfindet, sind die Werte Ex-ante-Prognosen für den Durchschnittswert der zehnjährigen erwarteten Erträge. Europa ist eine Prognose der Erträge für das Jahr 2030 unter der Annahme eines ambitionierten Netzausbaus.

Quellen: Eigene Darstellung auf Basis mehrerer Reports zu Ex-Post-Evaluierungen: Analysis Group (New York); Brattle Group (Midcontinent); FTI Consulting (Southwest Power Pool); FTI Consulting & Wolak (Kalifornien); FTI Consulting & Triolo, Wolak (Texas); IESO (Ontario); JRC (Europa).

Die Kosten für die Umstellung fallen nur einmalig an und amortisieren sich durch die jährlich anfallenden Erlöse schnell.

von zwölf Milliarden Euro, bis 2040 sogar 42 Milliarden Euro prognostiziert.²⁴

Die Erfahrungen zeigen, dass eine Umstellung in wenigen Jahren möglich ist.²⁵ Dafür gibt es bereits etablierte Softwarelösungen von international agierenden Unternehmen wie Siemens, Hitachi und General Electric. Verzögerungen gab es bei ungeeigneten Entscheidungsstrukturen, wie sie zum Beispiel in Kalifornien vorlagen.²⁶ Statt einer europaweit abgestimmten Umstellung auf lokale Marktpreise empfiehlt sich deswegen ein schrittweises Vorgehen.²⁷ Experimentierklauseln in der EU-Strommarktregulierung könnten geschaffen werden, damit Länder oder Gruppen von Ländern lokale Marktpreise ohne eine europaweite Abstimmung zu jedem Designdetail umsetzen können. So könnte auf guten Erfahrungen mit regionalen Pilotprojekten bei der europäischen Strommarktintegration und mit der schrittweisen Einführung lokaler Marktpreise in Nordamerika aufgebaut werden.

Bei Preiszonensplit verbleibt hoher Redispatch-Bedarf

Aktuell wird auch diskutiert, das derzeitige Einheitspreisgebiet in Zonen aufzuteilen. Eine Zweiteilung in Nord- und Südpriesszone klingt zunächst plausibel, da es in Zeiten hoher Stromerzeugung im windreichen Norden zu Übertragungsengpässen von Norden nach Süden kommt. Allerdings ignoriert diese Vereinfachung erstens die Vielzahl unterschiedlicher Wetterlagen. Simulationen des Stromnetzes zeigen, dass eine Aufteilung in zwei oder wenige Preiszonen strukturelle Engpässe im Übertragungsnetz nicht lösen kann (Abbildung 3). Kosten für Redispatch-Bedarf und Vorhaltung von Reserven bleiben bestehen.

Zweitens wird bei einem Preiszonensplit im kontinuierlichen Handel zwischen Preiszonen die Übertragungskapazität jeweils kostenlos denjenigen Händlern gegeben, die zuerst eine Anfrage stellen.²⁸ Nach Vergabe der Übertragungskapazität bleiben Handel, Liquidität und Wettbewerb auf die jeweilige Preiszone begrenzt und nehmen bei kleineren Preiszonen entsprechend ab.

Drittens verbleibt der Energiemarkt fragmentiert zwischen Energie, diversen Regelenenergieprodukten, unterschiedlichen Besicherungen von Regelenenergieprodukten, Engpassmanagementenergie und diversen Reserven.²⁹ Das reduziert die Transparenz, schafft Marktzugangsbarrieren für

²⁴ Unter der Annahme eines ambitionierten Netzausbaus, vgl. Thomassen und Fuhrmanek (2025), a. a. O.

²⁵ Vgl. Webinar zu Einführung nodaler Preise in Nordamerika (online verfügbar).

²⁶ Christopher Weare (2003): The California Electricity Crisis: Causes and Policy Options. Public Policy Institute of California (online verfügbar).

²⁷ Neuhoﬀ et al. (2025), a. a. O.

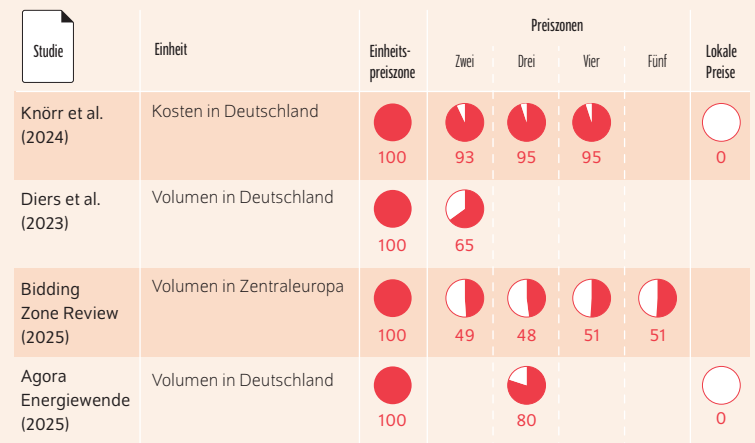
²⁸ Karsten Neuhoﬀ, Jörn Richstein und Nils May (2016): Auctions for Intraday – Trading Impacts on efficient power markets and secure system operation (online verfügbar).

²⁹ Karsten Neuhoﬀ et al. (2015): Flexible Short-Term Power Trading: Gathering Experience in EU Countries. DIW Discussion Paper 1494 (online verfügbar).

Abbildung 3

Reduzierung der Redispatch-Kosten und -Volumen nach Anzahl der Preiszonen

Einsparung (weiß) relativ zum Status quo (Einheitspreiszone = 100)



Anmerkung: Bei Agora Energiewende wird ein vereinfachtes Netzmodell mit 22 Knoten verwendet. Eine Modellierung von 22 Zonen entspricht somit lokalen Preisen ohne Redispatch-Bedarf. Die Werte für Bidding Zone Review und Agora Energiewende ergeben sich als Durchschnitte der jeweils modellierten Wetterjahre.

Quellen: Johannes Knörr, Martin Bichler und Teodora Dobos (2024): Zonal vs. Nodal pricing: An analysis of different pricing rules in the German day-ahead market (online verfügbar); Hendrik Diers et al. (2023): Preiseffekte einer deutschen Gebotszonenteilung. Gutachten von EWI und Thema Consulting (online verfügbar); Entso-e (2025): Bidding Zone Review of the 2025 Target Year (online verfügbar); Agora Energiewende und Fraunhofer IEE (2025): Lokale Strompreise. Wie die Integration der Netzrealität in den Strommarkt gelingt und Kosten senkt (online verfügbar).

© CC BY 4.0

Ein Preissplit nach Zonen könnte den Redispatch-Bedarf zwar verringern. Aber erst lokale Marktpreise würden ihn auf null senken.

Marktteilnehmer und schränkt somit Liquidität, Effizienz und Wettbewerb weiter ein.³⁰

Viertens ist zwar ein geringerer, aber weiterhin überdimensionierter Netzausbau zu befürchten. Denn die Ausbauplanung würde auf Vermeidung aller Engpässe, jetzt innerhalb der Preiszonen, ausgerichtet.

Lokale Preise besser für Absicherung von Preisrisiken als Preiszonensplit

Lokale Marktpreise können aus drei Gründen Preisrisiken besser absichern als ein Preiszonensplit (Tabelle): Erstens wird bei lokalen Marktpreisen die gesamte Übertragungskapazität in den Auktionen bewirtschaftet und somit die Knappheitsrente als Engpasserlös erfasst. Beim Preiszonensplit muss hingegen ein Teil der Übertragungskapazität zurückgehalten werden, um Engpässe innerhalb von Zonen zu reduzieren, während weiterhin ein Anteil kostenlos im kontinuierlichen Handel vergeben wird. Das reduziert die Engpasserlöse.

³⁰ Vgl. Anselm Eicke und Tim Schittekatte (2022): Fighting the wrong battle? A critical assessment of arguments against nodal electricity prices in the European debate. Energy Policy, 170, 113220 (online verfügbar).

Tabelle

Vergleich der Vor- und Nachteile von Einheitspreiszone und Reformoptionen

	Redispatch	Flexibilität	Liquidität und Wettbewerb	Preistransparenz	Netzausbau	Lokale Kostenrisiken	Resilienter Netzbetrieb
Einheitspreiszone	Knapp vier Milliarden Euro im Jahr, erhöht Netzentgelte um 8–10 Euro/MWh (Tendenz steigend), >25 GW Reserven	Kann Engpässe verschärfen	Marktsegmentierung (z. B. Energie, Engpass, Regelernergie)	Niedrig durch komplexe Blockgebote für gebündelte Anlagen	Stark erhöhter Bedarf, um bundesweit Engpässe zu vermeiden	Aktuell keine Kostenrisiken, aber Unsicherheit über Anpassung bleibt	Steigende Risiken im Redispatch
Preiszonensplit	Weniger Redispatch, max. 50 Prozent Einsparung	Lokalere Preise reduzieren Engpassrisiken	Marktsegmentierung, Liquidität und Wettbewerb bleiben auf Zonen begrenzt	Niedrig durch komplexe Blockgebote für gebündelte Anlagen	Für Engpässe innerhalb Zonen erhöhter Bedarf	Um rund 10 Euro/MWh geringere Preise für Norddeutschland prognostiziert	Moderate Risiken im Redispatch
Lokale Marktpreise	Kein Redispatch nötig	Effektiv eingesetzt und vergütet	Hohe Liquidität, Wettbewerb	Hoch durch anlagenscharfe Gebote	Kaum Netzausbau nötig, da Netznutzung effizient	Abgesichert mit Engpasserlösen	Keine Redispatchrisiken, Chance für modularen Betrieb

Quelle: Eigene Darstellung.

© CC BY 4.0

Zweitens ist es bei lokalen Marktpreisen schwer zu prognostizieren, ob ein lokaler Marktpreis im Jahresdurchschnitt ober- oder unterhalb des deutschlandweiten Durchschnittsniveaus liegen wird. Damit sind alle Stromkunden an einer Absicherung interessiert, wenn sie als faire Versicherung ausgestaltet ist, also neben Auszahlungen auch Rückzahlungen beinhaltet. Für große Preiszonen prognostizieren die meisten Modelle geringere Preise für Nord- als für Süddeutschland in Höhe von rund zehn Euro/MWh.³¹ Das mindert das Interesse von Stromkunden in Norddeutschland, sich an einer langfristigen Absicherung zu beteiligen. Ohne deren Beitrag werden bei einer Preiszonenaufteilung höhere Engpasserlöse zur Absicherung lokaler Preisrisiken benötigt.

Drittens zeigen diverse Studien, dass es keine perfekte Aufteilung in stabile Preiszonen gibt.³² In Zukunft wären also weitere Aufteilungen oder Preiszonenanpassungen notwendig. Jede Neuordnung würde dabei zu Interessenskonflikten führen, da Stromkunden immer darauf bestehen, durch die Anpassung nicht schlechter gestellt zu werden. Damit kein Reformschritt Marktteilnehmer schlechter stellt, wären noch zusätzliche Mittel zur Absicherung lokaler Preisrisiken notwendig.

Dynamische Netzentgelte benötigen präzise Vorhersagen

Eine dritte Reformoption sind dynamische Netzentgelte. Mit Netzentgelten werden die fixen Kosten für Investition und Betrieb der Netze auf die Stromkunden verteilt. Dabei ergeben sich unbeabsichtigt Anreize gegen Investition und Nutzung von Flexibilität. Deswegen haben einige Länder wie Schweden und Frankreich zeitlich variable Netzentgelte

eingeführt, die im Allgemeinen Monate im Vorhinaus angekündigt werden. So reizen reduzierte Netzentgelte zur Mittagszeit die verstärkte Nutzung von Strom während hoher Solarproduktion an.³³

In Deutschland hat jüngst die Bundesnetzagentur darüber hinaus vorgeschlagen, durch lokal variierende dynamische Netzentgelte ein lokales Preissignal zu erzeugen.³⁴ Diese Überlegung lässt sich so interpretieren, dass lokale Preissignale als notwendig angesehen werden, während gleichzeitig die politische Vorgabe einer einheitlichen Strompreiszone gewahrt wird.

Dass weltweit dynamische Netzentgelte nicht zum Management von strukturellen Engpässen genutzt werden,³⁵ hat zwei Gründe. Erstens können Netzbetreiber die regionale Erzeugung und Nachfrage nicht ausreichend präzise vorher sagen.³⁶ Ein Sturmtief kann sich verzögern, Frühnebel sich später lichten. Netzbetreiber gehen deswegen von kurzfristigen Prognosefehlern von 14 bis 17 GW aus.³⁷ Somit besteht immer das Risiko, dass die dynamischen Netzentgelte zu einem falschen lokalen Preissignal führen und damit Netzengpässe verschärfen statt zu reduzieren. Eine genaue Vorhersage am Vortag wäre notwendig, da dynamische Netzentgelte spätestens am Vormittag des Vortages festgelegt werden müssten, um eine Grundlage für den Stromhandel zu bieten. Lokale Marktpreise können hingegen bis zur Echtzeit aktualisiert werden.

Zweitens eignet sich bei wachsender Nachfrageelastizität eine Mengensteuerung besser zur Vergabe knapper Ressourcen

³¹ Vgl. EWI (2025): Gebotszonensplit in Deutschland: Worum geht es? EWI Policy Brief (online verfügbar).

³² Teodora Dobos, Martin Bichler und Johannes Knörr (2025): Challenges in finding stable price zones in European electricity markets: Aiming to square the circle? Applied Energy, 382, 125315 (online verfügbar).

³³ Anke Weidlich et al. (2025): Dynamische Netzentgelte und ihre mögliche Ausgestaltung für Deutschland (online verfügbar).

³⁴ Vgl. Bundesnetzagentur (2025), a. a. O.

³⁵ Vgl. Weidlich et al. (2025), a. a. O.

³⁶ Vgl. Tagesspiegel Background (2026): Dynamische Netzentgelte laut ÜNB keine Lösung für kurzfristige Engpässe. Ausgabe vom 15. Januar (online verfügbar).

³⁷ Dinger und Klemm (2026), a. a. O.

als eine Preissteuerung.³⁸ Speicher erhöhen die Nachfrageflexibilität. Das spricht gegen die Vorgabe von Preisen am Vortag in Form von dynamischen Netzentgelten und stattdessen für die Vorgabe der Übertragungskapazität (Menge), die dann in den Auktionen zu lokalen Marktpreisen implizit vergeben wird.

Fazit: Lokale Marktpreise für langfristige verlässliche Stromkosten schnell umsetzen

Trotz fallender Kosten für den Ausbau von Solar- und Windenergie sind in Deutschland die Stromkosten hoch. Ein wichtiger Kostentreiber ist die einheitliche Preiszone, die lokale Angebots- und Nachfrageschwankungen nicht berücksichtigt und dadurch zu steigenden Redispatchkosten, hohen Netzausbaukosten und viel Bürokratie führt. Das gefährdet zunehmend industrielle Investitionen und macht eine grundlegende Reform des Strommarktdesigns dringend erforderlich.

Als mögliche Reformen werden drei Optionen diskutiert. Ein Preiszonensplit könnte den sich immer wieder ändernden Netzeingängen nur teilweise gerecht werden. Der Redispatch-Bedarf bliebe dadurch hoch, Liquidität und Wettbewerbsintensität nähmen ab und lokale Preisrisiken wären schwer abzusichern. Eine Anpassung der Netzentgelte als zweite Option könnte Flexibilitätshemmnisse abbauen, die bei der bisherigen Allokation von Fixkosten im Strommarkt entstehen. Bei der Lösung struktureller Netzeingänge

stießen sie aber an ihre Grenzen. Geeigneter wäre hingegen das Konzept lokaler Marktpreise für jede größere Stadt und ländliche Region. Sie ermöglichen einen effizienten Umgang mit Netzeingängen und trügen zu Liquidität, Wettbewerb und Transparenz bei. Lokale Marktpreise erhöhen die Effizienz des Stromsystems sowohl in der Übergangsphase als auch in einem perspektivisch vollständig erneuerbaren Energiesystem. Steuerbare Kapazitäten für Extremsituationen blieben Teil der Versorgungssicherheit, ihr Bedarf würde durch ein effizientes Marktdesign jedoch reduziert.

Viele Länder außerhalb der EU haben bereits lokale Marktpreise eingeführt. Ihre Erfahrung widerlegt dabei drei oft geäußerte Bedenken. Erstens wären unvollständige Digitalisierung und fehlende Smart Meter ein Hindernis. Tatsächlich waren bei den ersten Einführungen in Nordamerika vor rund 25 Jahren Computer noch langsamer als heute und Smart Meter unbekannt. Zweitens wären lokale Marktpreise ein ausschließlich theoretisches Konzept. Dies widerlegen aber die vielen erfolgreichen Umsetzungsbeispiele in Nordamerika und Neuseeland. Drittens gefährdeten lokale Preise Investitionen bei Stromkunden und Erzeugern erneuerbarer Energien. Tatsächlich entstehen aber mit der Einführung auch Engpasseerlöse. Weltweit wurde bei der Einführung auch immer regulatorisch vorgeschrieben, wie die Engpasseerlöse an die Stromkunden weitergegeben werden. Das sichert gegen lokale Preisrisiken ab und widerlegt somit die These, dass lokale Marktpreise zu Standortrisiken führen.

³⁸ Martin Weitzman (1974): Prices vs. Quantities. The Review of Economic Studies 41(4), 477–491.

Karsten Neuhoff ist Leiter der Abteilung Klimapolitik im DIW Berlin | kneuhoff@diw.de

Leon Stolle ist Doktorand in der Abteilung Klimapolitik im DIW Berlin | lstolle@diw.de

JEL: Q41, Q48, D47, L51

Keywords: Locational pricing, zonal pricing, grid charges, congestion management, redispatch, electricity market design

© Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 12/2026:

www.diw.de/diw_weekly



SOEP Papers Nr. 1235

2025 | Kausik Chaudhuri, Alan Piper



Order Out of Chaos: A Specification Curve Analysis of Age and Wellbeing

The empirical literature on the relationship between age and well-being is characterised by an unusually persistent series of disagreements over data, method, and interpretation. Previous attempts to advance the discussion have involved different scholars' specific prescriptions, which were often in near total contradiction to other scholars' attempts to do the same. Instead, we use specification curve analysis to provide a structured and transparent resolution to these disputes. This also helps to illuminate the sensitivity of findings to key analytical decisions. With twenty-five years of panel data from the UK and Germany, we

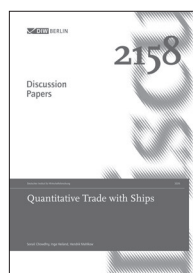
show that most of the specifications are consistent with a turning point for wellbeing in midlife, with a decline to that point and increase thereafter. The consistency of the finding renders some of the previous debate moot. Furthermore, this robust result is supportive of much theoretical discussion from different disciplines and areas of enquiry.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 2158

2026 | Sonali Chowdhry, Inga Heiland, Hendrik Mahlkow



Quantitative Trade with Ships

This paper highlights an underexplored margin of heterogeneity that shapes resilience to disruptions in global maritime trade - the differential reliance of countries and sectors on specific categories of vessels. We combine US bills of lading records with ship registry and AIS-based port call data to document new stylized facts on vessel deployment, including switching patterns across ships, country specialization in shipbuilding, and the composition of fleets serving different country pairs. Exploiting the 2016 Panama Canal expansion as a quasi-natural experiment, we further provide the first direct estimate for the elasticity of substitution between vessels across size classes. Building on the empirical evidence,

we then introduce endogenous vessel choice into a quantitative general equilibrium trade model that features multiple transport modes and a global market for shipping services. The model allows us to quantify the trade and welfare effects of two recent policy proposals that target specific ship types, namely, fees for Chinese-built vessels entering US ports and the inclusion of the maritime transport sector in the EU Emission Trading System.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



SOEP Papers Nr. 1236

2026 | Alan Piper, Min Zou, Ying Zhou



Personality, Ageing, and the Midlife Low: Longitudinal Evidence from Australia, Germany, and the UK

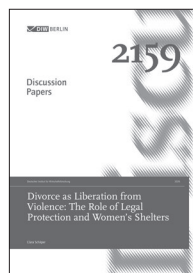
Using long running panel data spanning at least 15 years from Australia, Germany and the UK, this study investigates longitudinal age–wellbeing trajectories by the Big Five personality traits. We estimate within person (fixed effects) models separately for each country and for low/high trait subgroups, producing 30 distinct trajectories. Across all subgroups, we found the same ageing pattern: a decline in wellbeing into midlife, a clear midlife low and a subsequent recovery. However, the shape of this trajectory differs systematically across personality. Individuals high in conscientiousness, agreeableness, and emotional stability experience a steeper decline into midlife compared to those lower on these traits. In contrast, highly extraverted individuals show a more gradual early decline and a shallower midlife low, followed by a stronger recovery. These patterns are broadly consistent across the three countries. Openness, by comparison, is only weakly associated with well-being trajectories and exhibits inconsistent, country-specific patterns.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 2159

2026 | Clara Schäper



Divorce as Liberation from Violence: The Role of Legal Protection and Women's Shelters

Does increased legal infrastructure empower victims to leave abusive relationships? Structural barriers often prevent victims of intimate partner violence from seeking help, with two-thirds of female victims in Europe neither reporting incidents nor accessing support. I study Germany's 2002 Act on Protection against Violence, which introduced residence bans in shared households and temporarily awarded victims sole use of the dwelling, summarized as "the aggressor goes, the victim stays". Using divorce records (1998–2005), linked on the county-level to a hand-collected database of women's shelter

and counselling center openings (1970–2023), I estimate how divorce numbers changed in the period after the reform relative to the period before. I show that divorces rise markedly in the three years following the reform and decrease in the fourth. Trends are driven by female-initiated filings and are concentrated in West Germany, with increases appearing more persistent among non-German filers over time. To assess whether effects vary with support availability, I classify counties by pre-reform infrastructure of women's shelters and counselling centers. Changes are muted where services already existed and strongest in areas lacking support infrastructure at the time of the legal change. These patterns are consistent with a two-stage model in which pre-existing support had already led abusive marriages to dissolve and/or deterred their formation, leaving a smaller stock of detectable abusive unions.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





MARCEL FRATZSCHER

Wie die Bundesregierung wirtschaftspolitisch auf den Iran-Krieg reagieren sollte

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Es wird immer wahrscheinlicher, dass sich der Iran-Krieg und das damit verbundene Leid in der Region verschärfen. Auch die wirtschaftlichen Kosten dürften weltweit deutlich zunehmen – vor allem für die ärmsten Länder im globalen Süden, aber auch für reiche Länder wie Deutschland. Die Politik hat verstanden, dass sie reagieren muss, um den Schaden zu begrenzen und die langfristige Resilienz zu verbessern. Das jüngst im Bundestag diskutierte Kraftstoffmaßnahmenpaket ist jedoch eher symbolisch. Wir können viel aus der Energiekrise nach Beginn des Ukraine-Kriegs 2022 lernen.

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sollte sich auf vier Maßnahmen fokussieren. Erstens braucht es direkte finanzielle Transfers wie eine einmalige Energiekostenpauschale, ähnlich wie 2022. Das ist zwar teuer, hat aber den Vorteil, dass die Maßnahme schnell umgesetzt werden kann und vor allem Menschen mit wenig Einkommen und Ersparnissen sofort Unterstützung bekommen. Die Politik sollte dabei unbedingt Abstand nehmen von allen Versuchen, die Energiepreise künstlich zu senken. Der Iran-Krieg und die Schließung der Straße von Hormus bedeuten letztlich, dass es zu wenig Öl und Gas gibt – und somit die Nachfrage sinken muss. Eine Subvention fossiler Energieträger durch einen Tankrabbat, eine Erhöhung des Industriestrompreises, Steuersenkungen oder eine Erhöhung der Pendlerpauschale wären nicht nur falsch, sondern wirtschaftlich schädlich.

Ein Tankrabbat etwa führt dazu, dass die Nachfrage nach Benzin und Diesel nicht so stark sinkt, wie es notwendig wäre, damit ausreichend Angebot vorhanden ist. Die Folge: Die Preise müssten an anderer Stelle noch stärker steigen, damit die Nachfrage dort sinken kann. Wenn also die Autofahrer*innen ihr Fahrverhalten und damit ihre Nachfrage nach Benzin und Diesel nicht einschränken, müssen andere Menschen in der Gesellschaft das tun. Und das trifft Menschen mit wenig Einkommen besonders hart. Ein Tankrabbat wäre somit nichts anderes als eine Umverteilung von arm zu reich. Eine direkte Transferzahlung dagegen würde Autofahrer*innen, die auf ihr

Auto angewiesen sind, finanziell kompensieren, anderen aber Anreize geben, ihr Auto weniger zu nutzen.

Zweitens sollte die Bundesregierung die Notstandsklausel der Schuldenbremse aktivieren, wenn sich in den kommenden Wochen keine Entspannung bei den Energiekosten abzeichnet. Wir sollten uns bewusst machen, was passiert, wenn die Bundesregierung das nicht tut: Sie wird Ausgaben vor allem bei den öffentlichen Investitionen kürzen und Steuern erhöhen müssen, was viele Arbeitsplätze und Wohlstand kosten würde.

Drittens müssen sich auch Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen Verantwortung übernehmen. Steigen Gewinnmargen und Löhne stark an, bleibt der Europäischen Zentralbank wie 2022 nichts anderes übrig, als die Zinsen zu erhöhen und damit die Wirtschaft empfindlich abzubremsen. Die Bundesregierung muss die Marktmacht der Mineralölkonzerne bekämpfen und sollte auch eine Übergewinnsteuer einführen. Sie muss zudem verhindern, dass Unternehmen anderer Branchen die Krise nutzen, um ihre Preise exzessiv zu erhöhen. Auch die Gewerkschaften müssen sich in ihren Lohnverhandlungen zurückhalten, um eine Lohn-Preis-Spirale und einen starken Anstieg der Zinsen zu verhindern.

Viertens muss die Politik umgehend die Weichen stellen, um langfristig die Resilienz der Wirtschaft gegenüber solchen externen Schocks zu stärken und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren. Das erfordert einen deutlich schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien und eine Beschleunigung der Wärmewende, damit die Nachfrage nach fossilen Energieträgern dauerhaft sinkt. Die Bundesregierung hat alle Instrumente, um schnell zu reagieren. Sie sollte die Lehren aus der letzten Energiekrise ernst nehmen und sich nicht von Lobbyinteressen leiten lassen.

Dieser Beitrag ist am 23. März in einer längeren Version im Tagesspiegel erschienen.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>